

Martin Georg Goerner
Die Kirche
als Problem der SED

Studien des Forschungsverbundes SED-Staat
an der Freien Universität Berlin

herausgegeben von
Klaus Schroeder und Manfred Wilke

Martin Georg Goerner

Die Kirche als Problem der SED

Strukturen kommunistischer Herrschafts-
ausübung gegenüber der evangelischen Kirche
1945 bis 1958



Akademie Verlag

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Goerner, Martin Georg:

Die Kirche als Problem der SED : Strukturen kommunistischer
Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958 /

Martin Georg Goerner. – Berlin : Akad. Verl., 1997

(Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin)

Zugl.: Potsdam, Univ., Diss., 1995

ISBN 3-05-003060-7

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1997

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der VCH-Verlagsgruppe.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Das eingesetzte Papier entspricht der amerikanischen Norm ANSI Z.39.48 – 1984
bzw. der europäischen Norm ISO TC 46.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Druck: GAM Media GmbH, Berlin

Bindung: Verlagsbuchbinderei Mikolai GmbH, Berlin

Printed in the Federal Republic of Germany

Inhalt

Vorwort

Der Forschungsverbund SED-Staat und sein Beitrag zur Untersuchung der SED-Kirchenpolitik	IX
--	----

Einleitung	1
------------------	---

Teil I

Die kirchenpolitischen Ansätze der SED vor dem „Neuen Kurs“	17
---	----

1. Die Rahmenbedingungen der SED-Kirchenpolitik vor dem „Neuen Kurs“	17
a. Die Strategie der KPD vor 1945 gegenüber Christentum und Kirche	17
b. Die sowjetische Politik gegenüber Religion und Kirche	23
c. Die Rolle der SMAD/SKK für die Kirchenpolitik der KPD/SED	29
d. Phasenmodelle für die Kirchenpolitik der KPD/SED von 1945 bis 1953	35
2. Die Phase der Integration (1945–1947/48)	37
a. Die KPD im Jahre 1945	37
b. Kirchenpolitik als Bündnispolitik: die Integrationsstrategie	38
c. Die Rolle der religiösen Sozialisten in der Kirchenpolitik	47
3. Die Konfrontationsphase (1948–1951/52)	49
a. Die politischen Rahmenbedingungen	49
b. Der Beginn der Konfrontationspolitik der SED gegenüber den Kirchen	54
c. Erste Ansätze für eine Differenzierungs- und Unterwanderungsstrategie	61
d. Kirchenpolitik im Dienste sowjetischer Initiativen in der Deutschlandpolitik	71
4. Die Liquidierungsphase (1952–1953)	80
a. Die politischen Rahmenbedingungen	80
b. Die Kirchenpolitik der SED im Zeichen der Zweiten Parteikonferenz	83
c. Der Kampf gegen die „Junge Gemeinde“ als Beispiel für die Liquidierung der gesellschaftlichen Präsenz der Kirchen	92

Teil II

Die Ausbildung einer systematischen Kirchenpolitik der SED nach dem „Neuen Kurs“	107
--	-----

1. Erste Ansätze für eine kirchenpolitische Umorientierung der SED	107
2. Die sowjetischen Anweisungen zum „Neuen Kurs“	111

3. Die Reaktion der SED-Führung auf die sowjetischen Vorgaben	119
4. Die Entwicklung nach dem 17. Juni 1953	124
5. Vorüberlegungen im ZK-Apparat für eine effektivere Kirchenpolitik	131
6. Die Entwicklung eines kirchenpolitischen Konzepts der SED	146
7. Der Leipziger Kirchentag 1954 – eine mißlungene Bewährungsprobe der neuen Kirchenpolitik	152

Teil III

Der Aufbau eines Apparates für die Kirchenpolitik	161
1. Der zentrale Parteiapparat der SED nach dem „Neuen Kurs“	161
2. Die Institutionalisierung der Kirchenpolitik im zentralen Parteiapparat	166
a. Die Strukturen vor dem „Neuen Kurs“	166
b. Die ZK-Abteilung Kirchenfragen	168
3. Die Behandlung der Kirchenpolitik im Staatsapparat	178
a. Die Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“	178
b. Die Abteilung Kultfragen im Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten	184
4. Kirchenpolitische Strukturen in den Massenorganisationen und in der CDU	187
a. Die „Nationale Front“	187
b. Der „Deutsche Friedensrat“ und die „Christliche Friedenskonferenz“	194
c. Der kirchenpolitische Apparat der CDU	196
5. Die kirchenpolitischen Strukturen im Geheimdienst und ihre Funktion	199
a. Die Arbeitsmethoden des Staatssicherheitsdienstes	202
b. Der Ausbau des kirchenpolitischen Apparates im Zuge des „Neuen Kurses“	204
c. Die Tätigkeit des MfS in der Kirchenpolitik	216
6. Die Einrichtung eines Schulungssystems und eines internationalen Erfahrungsaustausches für die Kirchenpolitik	218
7. Das Zusammenspiel des kirchenpolitischen Apparats	223

Teil IV

Die Differenzierungs- und Unterwanderungspolitik der SED	231
1. Die Unterwanderung der Kirchen mit „fortschrittlichen Kräften“	233
a. „Differenzierungspolitik“ und „fortschrittliche Kräfte“	233
b. Die Einflußnahme auf die Universitäten	241
c. Der „Bund Evangelischer Pfarrer in der DDR“	251
d. Die Gründung einer Zeitschrift für „fortschrittliche“ Christen	258
e. Die Einrichtung einer Begegnungsstätte für „loyale“ Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter	264
2. Die systematische Zurückdrängung der Kirchen aus dem gesellschaftlichen Leben ...	267
a. Die Beschneidung der kirchlichen Finanzen und der Bautätigkeit der Kirchen ...	267
b. Die Verdrängung der Kirchen aus den Schulen und aus der Jugendarbeit	278

Teil V

Die erste große Auseinandersetzung mit neuem kirchenpolitischem Konzept . .	293
1. Die politischen Rahmenbedingungen für die Kirchenpolitik der Jahre 1956 bis 1958 .	293
2. Die erneute Verhärtung der kirchenpolitischen Situation seit Anfang 1956	303
3. Vergebliche Vermittlungsversuche und Reformansätze	314
4. Die Bildung eines Amtes für Kirchenfragen	324
5. Der Militärseelsorgevertrag	333
6. Die Differenzierungspolitik des neuen Staatssekretärs für Kirchenfragen	340
7. Ein erster Teilerfolg der SED: Die Verhandlungen zwischen Staat und Kirchen im Jahre 1958	350

Teil VI

Theoretische Grundlagen der Untersuchung	363
1. SED-Kirchenpolitik als weltanschaulicher Verdrängungskampf	363
a. Ideologie und Politik	363
b. Der Marxismus-Leninismus als Ersatzreligion	364
2. Politisches System der DDR und Herrschaftstechnik der SED	370
a. Organisation als kommunistisches Herrschaftsprinzip	370
b. Die Herrschaft der SED über die DDR-Gesellschaft	373
3. Modelle für die Herrschaftsausübung der SED gegenüber den Kirchen	374
a. Bündnispolitik und Avantgardekonzepktion	377
b. Gründung von Sympathisantenorganisationen	379
c. Konspiration und Unterwanderungstaktik	383
d. Kaderpolitik und Gesprächstechnik	385
Resümee: Teile und herrsche?	391
Quellen- und Literaturverzeichnis	405
a. Archivalien	405
b. Unveröffentlichte Manuskripte	407
c. Literatur	408
Personenverzeichnis	431

Vorwort

Der Forschungsverbund SED-Staat und sein Beitrag zur Untersuchung der SED-Kirchenpolitik

Die vorliegende Monographie von Martin Georg Goerner "Die Kirche als Problem der SED" behandelt die erste Phase der SED-Kirchenpolitik von 1945 bis 1958. Die Arbeit entstand im Rahmen eines von mir geleiteten und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsvorhabens zu diesem Zeitabschnitt der SED-Kirchenpolitik, in dem der zentrale Parteiapparat Instrumente und Methoden zur Beeinflussung der evangelischen Landeskirchen in der DDR ausbildete und ihre Abgrenzung von der gesamtdeutschen EKD einforderte.¹

Der Autor stammt aus einem Pfarrhaus, ist in der DDR aufgewachsen und forscht daher über eine Thematik, die er nicht nur fachlich beherrscht, sondern die er gewissermaßen selber erlebt und erlitten hat. Nach seiner Ausreise in die Bundesrepublik im Jahre 1984 hat er das Handwerk des Historikers erlernt, hat die andere deutsche Wirklichkeit im "Westen" erfahren und sich intensiv mit der Geschichte und Politik der Bundesrepublik auseinandergesetzt. Er verfügt damit über eine "doppelte Erinnerung".

Prof. Dr. Manfred Görtemaker, der 1992 den Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin mitbegründete, hat die Arbeit von Goerner als Dissertation an seinem Lehrstuhl für neuere Geschichte an der Universität Potsdam angenommen und ihn zusammen mit seinem Kollegen Prof. Dr. Christoph Kleßmann promoviert. Mit dieser Untersuchung finden aber auch die Arbeiten des Forschungsverbundes SED-Staat zur Kirchenpolitik einen ersten wissenschaftlichen Abschluß. Anknüpfend an die Tradition der Freien Universität Berlin, die ihren Namen erhielt, weil Studenten und Professoren, die sich einer unabhängigen und kritischen Wissenschaft verpflichtet fühlten, 1948 die Humboldt-Universität in Ost-Berlin verlassen mußten, nachdem sie sich vergeblich der sowjetischen Weichenstellung für die Errichtung der SED-Diktatur entgegengestellt hatten, wurde der Forschungsverbund SED-Staat 1992 an der FU Berlin mit Unterstützung des Präsidenten Prof. Dr. Johann W. Gerlach eingerichtet, um Vorgeschichte, Geschichte und Folgen des SED-Regimes wissenschaftlich zu untersuchen. Im Forschungsverbund wurden bereits bestehende und geplante drittmittelgeförderte Projekte inhaltlich zusammengefaßt und organisatorisch verbunden.

Durch die Analyse wichtiger, bisher vernachlässigter und der einschlägigen Forschung bis zum Ende der DDR nicht zugänglicher Zusammenhänge werden die äußeren und inneren Voraussetzungen der vierzigjährigen Diktatur in diesem Jahrhundert untersucht. Ziel ist es, die Entwicklung und Struktur der DDR offenzulegen und zu analysieren, um der aktuell vorherrschenden Reduktion der Geschichtsaufarbeitung auf nachträgliche Legitimierung oder erneute Verharmlosung der real existierenden SED-Diktatur sowie auf personalisierte Stasi-Enthüllungen entgegenzuwirken.

Als der Forschungsverbund im März 1992 seine Arbeit aufnahm, gehörte die SED-Kirchenpolitik nicht zu den Themen, die bearbeitet wurden. Dies änderte sich allerdings bereits nach wenigen Wochen. Im April 1992 berief mich der Untersuchungsausschuß 1/3 des Brandenburger Landtages, der sogenannte "Stolpe-Untersuchungsausschuß", zum Sachverständigen und beauftragte mich, die Akten des ehemaligen zentralen und internen Parteiarchivs der SED zu sichten. Die Wogen der Emotion schlugen damals auf

1 "Vom Neuen Kurs zum Mauerbau. Untersuchung von Methoden, Strukturen und Zielen kommunistischer Herrschaftsausübung anhand der Ausbildung einer systematischen Politik der SED gegenüber den evangelischen Kirchen in der DDR in den Jahren 1953 bis 1961".

allen Seiten hoch, und die Debatte über die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und seiner "Inoffiziellen Mitarbeiter" zog unmittelbar nach Öffnung der MfS-Akten das öffentliche Interesse auf sich. So war es auch im Fall des brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe. Aber die Fragestellungen des Untersuchungsausschusses reduzierten sich nicht auf die Frage, ob der ehemalige Konsistorialpräsident als "Inoffizieller Mitarbeiter" (IM) für das MfS tätig gewesen war, sondern es ging auch darum, ob er "im Sinne und im Auftrag der SED oder staatlicher Stellen versucht [habe], die kirchliche Willensbildung zu beeinflussen".² An dieser Arbeit für den Untersuchungsausschuß war Martin Georg Goerner von Anfang an beteiligt.

Die Aktendurchsicht im Zentralen Parteiarchiv der SED stand unter einer eingeeengten Fragestellung, die sich auf das persönliche Verhalten von Manfred Stolpe konzentrieren sollte. Beim Studium der Hinterlassenschaften des faktischen Machtzentrums der DDR - des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED sowie des zentralen Parteiapparates - wurde uns deutlich, daß Fragestellungen zum Verhalten einzelner kirchlicher Mitarbeiter oder der Kirche als Ganzer eine gewissenhafte Bewertung der DDR-Geschichte und die sorgfältige Rekonstruktion des gesamten Herrschaftsmechanismus der SED voraussetzt. Aber um diese Rekonstruktion des apparativen Machtmechanismus, den die SED für ihre Kirchenpolitik aufbaute, vorzunehmen, war es notwendig, in die fünfziger Jahre zurückzugehen. Der Untersuchungsausschuß akzeptierte diesen Schritt, so daß dem Ausschuß im Herbst 1992 eine erste Dokumentensammlung zur SED-Kirchenpolitik vorgelegt werden konnte. Der Ausschuß gestattete die Publikation der Dokumente im ersten Arbeitspapier des Forschungsverbundes.³ Dieses Arbeitspapier skizzierte erste Erkenntnisse über die Kirchenpolitik der SED und formulierte bereits Thesen, die mit der vorliegenden Studie von Goerner nun als gesicherte Erkenntnis gelten können.

Uns war deutlich geworden, daß der 1990 von Rolf Stöckigt publizierte Beschluß der KPdSU zum "Neuen Kurs" in der DDR von Anfang Juni 1953 eine wesentliche Rolle für das kirchenpolitische Handeln der SED-Führung spielte. Die Partei begann seit Ende 1954, systematisch einen horizontal und vertikal gegliederten Apparat zur Beherrschung der Kirchen aufzubauen sowie ein breit angelegtes Herrschaftskonzept zu formulieren. Wir wiesen nach, daß die Staatssicherheit nur einen Teil dieses Mechanismus bildete, welcher die Politik der SED-Führung umsetzte. Die zentrale Schaltstelle für die Kirchenpolitik in der DDR war demnach die "Arbeitsgruppe Kirchenfragen" im ZK-Apparat der SED.

Damit war auch offensichtlich geworden, daß eine Diskussion über die Verstrickung einzelner Personen in den Machtapparat der SED allein anhand der Akten des Parteiapparates nicht zu führen ist. Diese archivalische Hinterlassenschaft ermöglicht aber die Erkenntnis, welche Strukturen der SED-Herrschaft - einschließlich der nachgeordneten Apparate des MfS und des Staatssekretärs für Kirchenfragen - zugrundelagen. Erst in Kenntnis dieser Zusammenhänge läßt sich dann die zentrale Frage nach den übergeordneten Verantwortlichkeiten beantworten. Der Untersuchungsausschuß 1/3 hat in seinem Abschlußbericht die Ergebnisse unserer Forschungen über die apparativen Zusammenhänge der SED-Kirchenpolitik übernommen.⁴ Dabei wurde auch deutlich, daß der Bund der evangelischen Kirchen in der

2 Die sieben Fragestellungen des Untersuchungsausschusses 1/3 lauteten: "- War Dr. Manfred Stolpe als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) tätig? - Unterhielt er seine Kontakte zum MfS ohne Wissen und Billigung seiner kirchlichen Vorgesetzten? - Hat er im Sinne und im Auftrag der SED oder staatlicher Stellen versucht, die kirchliche Willensbildung zu beeinflussen? - Hat er bei seinen Gesprächskontakten kirchliche Vorgaben verletzt, gab er insbesondere Kircheninterna unbefugt an die SED oder an staatliche Stellen weiter? - Hat er die Inhalte von Gesprächen zwischen ihm und Politikern aus der Bundesrepublik Deutschland der SED oder staatlichen Stellen der DDR unbefugt zur Kenntnis gegeben? - Hat er versucht, in der DDR oppositionelle Personen und Gruppen in ihrer Aktivität zu behindern? - Hat er Ausreisewilligen, z.B. im Zusammenhang mit Immobilienverkäufen, materiellen Schaden zugefügt?" SPD-Landtagsfraktion Brandenburg (Hg.): Der Bericht des Stolpe-Untersuchungsausschusses. Ergebnisse - Analysen - Argumente, Potsdam 1994, S. 23.

3 Manfred Wilke unter Mitarbeit von Martin Goerner und Horst Laude: SED-Kirchenpolitik 1953-1958. Die Beschlüsse des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED zu Kirchenfragen 1953-1958, (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 1/1992), Berlin 1992.

4 "Die Arbeitsgruppe Kirchenfragen, die Dienststelle Staatssekretär für Kirchenfragen und die für Kirchen zuständige HA XX/4 des MfS arbeiteten nicht parallel und unabhängig voneinander, sondern waren vielfältig miteinander verflochten, u. a. durch ein mehr oder weniger enges Kommunikations- und Berichtssystem." SPD-Landtagsfraktion Brandenburg (Hg.): Der Bericht, a. a. O., S. 30.

DDR (BEK) ebenfalls eine wichtige Rolle in den innerdeutschen Beziehungen spielte und beispielsweise sogar im Zusammenhang mit der Polenpolitik der SED 1980/81 von internationaler Bedeutung war.⁵

Zeitgleich wurde die Diskussion über das Thema "SED und Kirche" nun auf eine weitere Ebene gehoben, auf der ebenfalls Wissenschaft und Politik kooperierten. Die 1992 eingesetzte Enquete-Kommission des 12. Deutschen Bundestages "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", der ich als sachverständiges Mitglied angehörte, verhandelte das Thema "Kirchenpolitik" als wichtigen Teil der SED-Herrschaft in der DDR. An Martin Georg Goerner und Michael Kubina, die beide im Forschungsverbund arbeiteten, erging der Auftrag, eine Expertise über die "Phasen der Kirchenpolitik der SED und die sich darauf beziehenden Grundlagenbeschlüsse der Partei- und Staatsführung in der Zeit von 1945/46 bis 1971/72" zu verfassen. Mit diesem Auftrag erkannte die Enquete-Kommission die bereits in ihren Arbeiten für den Landtag Brandenburg nachgewiesene sachliche und methodische Kompetenz der beiden Autoren an. In ihrer Expertise systematisierten Goerner und Kubina die analytischen Ansätze unseres ersten Arbeitspapiers zur SED-Kirchenpolitik. Seine Ergebnisse bestätigten sich in vielen Punkten. Goerner und Kubina trugen weitere Belege zusammen und integrierten die bereits vorliegende Literatur, wobei sie vor allem die notwendige Vorgeschichte in ihre Darstellung einbezogen. Die inhaltlichen Ergebnisse ihrer Expertise fanden Eingang in den Abschlußbericht der Kommission.⁶

Schließlich publizierte der Forschungsverbund 1994 in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Peter Maser vom Ostkirchen-Institut der Evangelisch-Theologischen Fakultät an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster ein weiteres Arbeitspapier zur SED-Kirchenpolitik.⁷ Die in dieser Dokumentation zusammengefaßten vierzig Dokumente geben Auskunft über das Bild, das sich die SED-Führung und die Abteilung Kirchenfragen beim Hauptvorstand der Ost-CDU vom Weg der evangelischen Landeskirchen in der DDR machten, den diese von der neuen DDR-Verfassung von 1968 bis zur Gründung des BEK zurücklegten. Es handelt sich somit um eine ausschnittshafte Betrachtung einer entscheidenden Phase der DDR-Kirchengeschichte, in der die Zielrichtung der SED-Kirchenpolitik und ihre Verflechtung mit den innerdeutschen Beziehungen in besonders deutlicher Weise hervortritt. Die Dokumente analysieren die innere Lage der Kirchen in der DDR, aber auch in der Bundesrepublik aus der Sicht der SED, sie charakterisieren die Gesprächspartner und führende Persönlichkeiten auf der kirchlichen Seite und lassen erkennen, in welchen Punkten sich die SED damals mit ihrer Kirchenpolitik, der es um die Abspaltung der Landeskirchen in der

5 Auch zu dieser Fragestellung lieferte der Forschungsverbund SED-Staat dem Brandenburger Landtag Ergebnisse zur Rolle von Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe, damals Leiter des Sekretariats des BEK in der DDR, in der polnischen Krise 1980/81. Der Vorsitzende des Ausschusses, Prof. Dr. Lothar Bisky, ermutigte mich nach den Funden über die SED-Interventionspolitik gegenüber der polnischen Demokratiebewegung ausdrücklich, diese im Zusammenhang mit der Fragestellung des Untersuchungsausschusses zu dokumentieren. Mit dem Arbeitspapier Nr. 3 vom Januar 1993 legte der Forschungsverbund eine erste größere Aktenpublikation zur SED-Interventionspolitik vor, die der Präsident der FU Berlin, Prof. Dr. Johann W. Gerlach, im Rahmen einer Pressekonferenz im Januar 1993 dem Gesandten der Polnischen Republik in Berlin, Prof. Dr. Jerzy Sulek, und einem Vertreter von Solidarnoc z überreichte. (Manfred Wilke, Peter Erler, Martin G. Goerner, Michael Kubina, Horst Laude, Hans-Peter Müller: SED-Politbüro und polnische Krise 1980-82. Aus den Protokollen des Politbüros des ZK der SED zu Polen, den innerdeutschen Beziehungen und der Wirtschaftskrise der DDR. Band I, Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 3/1993, Berlin 1993. In den Studien des Forschungsverbundes SED-Staat ist 1995 eine Aktenpublikation als Buch erschienen: Michael Kubina, Manfred Wilke unter Mitarbeit von Reinhard Gutsche: "Hart und kompromißlos durchgreifen!" Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Oppositionsbewegung, Berlin 1995). Wie der Untersuchungsausschuß mit diesen Materialien umging, dazu vgl. Ehrhard Neubert: Untersuchung zu den Vorwürfen gegen den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Dr. Manfred Stolpe, im Auftrag der Fraktion Bündnis 90 im Landtag Brandenburg, Potsdam 1993, S. 63 ff.

6 Bericht der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Baden-Baden, Frankfurt/M. 1995, Bd. I, S. 178-778, hier Themenfeld V: "Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur", Kapitel 2.2: Die Instrumente der SED-Kirchenpolitik, S. 504 f.

7 Manfred Wilke und Peter Maser unter Mitarbeit von Martin G. Goerner und Michael Kubina: Die Gründung des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR. Materialien aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED und dem Archiv der Ost-CDU, (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 7/1994), Berlin 1994.

DDR von der gesamtdeutschen EKD ging, durchsetzen konnte und wo sie zu Kompromissen mit den Kirchen gezwungen war.

Prof. Dr. Peter Maser war damals wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sekretariat der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages und verantwortlich für die Betreuung des Themenfeldes "Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur". Dieses Arbeitspapier entstand somit im Zusammenhang mit unserer gemeinsamen Arbeit für die Kommission. Thematisch ist das Arbeitspapier der zweiten Phase der SED-Kirchenpolitik zuzuordnen, die 1958 begann und mit der Anerkennung des BEK 1971 endete.

Martin Georg Goerner erweitert nunmehr die bisherigen Erkenntnisse über die SED-Kirchenpolitik um eine zentrale Dimension. Er weist nach, daß es sich beim Vorgehen der SED gegen die von Außenstehenden oft als marginal betrachteten christlichen Kirchen in der DDR nicht um einen Randbereich der SED-Politik handelte. An dieser Front ging es der SED vielmehr um einen kulturellen Verdrängungskampf, den die Partei definitiv für sich entscheiden wollte und den sie als Weltanschauungsfrage begriff. Damit wird offensichtlich, daß die Untersuchung der scheinbar untergeordneten Politik gegenüber der Kirche zum Kern des Systems vordringt. Folglich läßt sich gerade auf diesem Gebiet beispielhaft deutlich machen, mit welchen Methoden die SED ihr Herrschaftskonzept umzusetzen gedachte, was der Autor in Kapitel VI überzeugend unternimmt.

Goerners Arbeit ist eines der ersten Beispiele für eine von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages angeregte und geforderte Forschung. Denn die Kommission war sich ihrer eigenen Grenzen auf diesem Feld doch wohl bewußt, wenn sie konstatierte: "Die Enquete-Kommission soll die notwendige historische Forschung weder vorwegnehmen noch ersetzen. Ihre Arbeit hat das Ziel, im Dialog mit der Öffentlichkeit zur Festigung des demokratischen Selbstbewußtseins und zur Weiterentwicklung einer gemeinsamen politischen Kultur in Deutschland beizutragen."⁸

Manfred Wilke

⁸ Beschlußempfehlung der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", in: Materialien der Enquete-Kommission, a. a. O., S. 154-157, hier S. 154.

Einleitung

Zum Untersuchungsgegenstand

Die evangelischen Kirchen in der DDR waren stets ein unkalkulierbarer Fremdkörper im Herrschaftssystem der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED). Sie waren die einzigen demokratischen Organisationen in einem Staat, der nur einen „demokratischen Zentralismus“ kannte. Bis 1969 waren sie in der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ (EKD) gesamtdeutsch organisiert, und auch danach unterhielten sie weiterhin enge Kontakte zur Bundesrepublik, obwohl die SED die Signale längst auf „Abgrenzung“ und „Zweistaatlichkeit“ gestellt hatte. Sie wirkten als ein gesellschaftlicher Freiraum, der vom System nicht vorgesehen war und beseitigt werden sollte, trotz aller Anstrengungen aber bis zuletzt erhalten blieb und eine wichtige gesellschaftspolitische und kommunikative Funktion innehatte. Dies gilt sinngemäß auch für die katholische Kirche, wenngleich diese aufgrund ihrer Minderheitssituation eine deutlich geringere Rolle spielte. Schließlich betrachtete die SED die Kirchen als ideologische Konkurrenz, die sie durch Ersatzrituale zu verdrängen suchte, zumal sie als letzte große Institutionen ihrem Zugriff entzogen waren. Auf die Kirchen konzentrierte sich daher in besonderem Maße ihre Politik zur Herrschaftssicherung, nachdem alle anderen potentiellen Gegner relativ schnell von ihr aus- oder gleichgeschaltet werden konnten. Daher läßt sich diese Politik am Beispiel der Kirchen besonders gut nachzeichnen.

Ausgehend von diesen Erwägungen untersucht die vorliegende Studie anhand der Politik gegenüber den evangelischen Kirchen in der DDR, welche Strategien, Strukturen und Mechanismen die SED als Staatspartei zur Durchsetzung ihres Herrschaftsanspruchs entwickelte und welche Ziele sie dabei verfolgte. Dabei wird herausgearbeitet, daß die Kirchenpolitik stets in engem Bezug zur sowjetischen Deutschlandpolitik als der wichtigsten historisch-politischen Rahmenbedingung für das Handeln der SED stand. Als Grundlage der Analyse werden Modelle kommunistischer Herrschaftsausübung wie die Kader- und Bündnispolitik, die Unterwanderungstaktik und der Aufbau von Sympathisanten- bzw. Massenorganisationen herangezogen und auf ihre Anwendbarkeit auf den Untersuchungsgegenstand überprüft.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die These, die SED-Führung habe seit Ende Mai 1953, ausgehend von den detaillierten sowjetischen Vorgaben zum „Neuen Kurs“, eine planmäßige und langfristig angelegte Kirchenpolitik entwickelt, die sich durch die Begriffe „Differenzierung“ und „Unterwanderung“ kennzeichnen läßt. Hingegen war im vorangehenden Zeitraum von 1945 bis Mitte 1953 ihre Politik gegenüber den Kirchen von wenig zusammenhängenden Initiativen geprägt, die zwischen taktischen Kooperationsangeboten

und harten Repressionsmaßnahmen (wie z. B. der Verfolgung der „Jungen Gemeinde“ seit Mitte 1952) wechselten. Dabei ist zu beobachten, daß bereits in dieser Zeit fast alle wichtigen strategischen und taktischen Momente, die nach dem „Neuen Kurs“ systematisch zur Anwendung kamen, eine Rolle spielten – wenngleich nur jeweils kurzzeitig. Da die SED-Führung aber noch über keine systematische Strategie gegenüber den Kirchen verfügte, wurde die Kirchenpolitik von den jeweiligen schnell wechselnden politischen Rahmenbedingungen bestimmt.

Ein zweiter wichtiger Entwicklungs- und Intensivierungsschub in der Kirchenpolitik erfolgte nach der Ernennung des ersten Staatssekretärs für Kirchenfragen, Werner Eggerath, im März 1957. Er war aber bereits weniger durch die Entstehung neuer kirchenpolitischer Methoden und Strukturen als vielmehr durch die systematische Umsetzung des bislang entwickelten Konzepts gekennzeichnet. Daher war die Ausbildung der kirchenpolitischen Apparate, Methoden und Konzeptionen bis zum Jahre 1958 im wesentlichen abgeschlossen. Die SED hatte in diesem Zeitraum auch bereits ihre zentralen Forderungen an die evangelischen Kirchen in der DDR formuliert: Abgabe einer „Loyalitätserklärung“ und Abspaltung von der gesamtdeutschen EKD. Durch das Kommuniqué der „Spitzengespräche“ zwischen Staats- und Kirchenvertretern vom Juni/ Juli 1958 und durch die Ablehnung der Regierung der DDR, Propst Grüber als Bevollmächtigten der EKD weiterhin anzuerkennen, hatte die SED unter Anwendung ihrer neuen Strategie auch bereits einen ersten Erfolg in ihrer Kirchenpolitik errungen. Damit waren die wichtigsten Rahmenbedingungen für das Staat-Kirche-Verhältnis in den sechziger Jahren vorgegeben. Mit dem Mauerbau als entscheidendem Einschnitt – auch für das Leben der Kirchen – begann zwar ab 1961 ein neuer Abschnitt in der politischen Geschichte der DDR. In der Kirchenpolitik erfolgten jedoch in methodischer und struktureller Hinsicht zunächst keine entscheidenden Neuentwicklungen, vielmehr kamen bereits ab Ende der fünfziger Jahre die bislang entwickelten Konzeptionen allmählich zur Umsetzung und zeitigten Anfang des neuen Jahrzehnts mit dem „Sonderweg“ der Thüringer Landeskirche, mit der erzwungenen organisatorischen Teilung der EKD und mit der Erweiterung des Netzes von „fortschrittlichen“ Ansprechpartnern in den Kirchen weitere Erfolge der SED.

Aufgrund dieser Beobachtungen erscheint eine Begrenzung des Untersuchungszeitraums von Mitte 1953 bis zum Spitzengespräch vom Juni/Juli 1958 unter ausführlicher Einbeziehung der Vorgeschichte seit 1945 sinnvoll.¹ Für den Zeitraum von 1953 bis 1958 liegen zudem auch auffällig viele Beschlüsse von Politbüro und Sekretariat des ZK zur Kirchenpolitik vor, die in diesem Zeitraum oft sehr ausführlich und detailliert sind, während seit Ende der 50er Jahre die Intensität der Beschäftigung dieser obersten Entscheidungsgremien mit Kirchenfragen laufend abnimmt, da die Einzelentscheidungen nun zunehmend dem inzwischen funktionierenden kirchenpolitischen Apparat übertragen wurden.

Die Analyse nimmt in erster Linie die oberste Entscheidungsebene der SED (Politbüro, Sekretariat des ZK sowie zentraler Parteiapparat) in den Blick, da hier die konzeptionellen Entscheidungen für die Politik in der DDR fielen. Diese Gewichtung ist nicht nur durch den Gegenstand der Untersuchung – einem Teilbereich einer zentralistisch organisierten

¹ Für das Jahr 1958 als Phaseneinschnitt spricht sich auch Horst Dähn im Zuge seiner Diskussion einer möglichen Periodisierung der SED-Kirchenpolitik aus (Dähn: Ziele, Praxis und Methoden der Kirchenpolitik der SED). Robert Goeckel grenzt ebenfalls ein Kapitel seiner Untersuchung auf den Zeitabschnitt von 1953 bis 1958 ein, den er als „Incomplete De-Stalinization and Continued Church-State Conflict“ kennzeichnet (Goeckel: *The Lutheran Church*, S. 47).

Herrschaftsausübung – begründet, auch die derzeitige Quellenlage und die Struktur der Aktenüberlieferung legen diese Art des Vorgehens nahe. Um die Masse des seit relativ kurzer Zeit zugänglichen Materials zuordnen zu können, sind zunächst Untersuchungen von der Spitze her notwendig, die grundsätzliche Fragestellungen systematisch bzw. im Längsschnitt behandeln. Erst wenn die Fragen nach dem Funktionieren und der Struktur der SED-Herrschaft sowie die notwendige Einordnung in den politischen Gesamtzusammenhang geklärt sind, können detaillierte Analysen die Art und Weise der Umsetzung von Herrschaftsvorgaben an der Basis bzw. in Teilbereichen ermitteln.

Eine adäquate Kategorie für die Beschreibung der Vorgehensweise der SED gegenüber den Kirchen ist durch den Begriff der „Herrschaftsausübung“ gegeben, der durch den Charakter der Gesellschaft in der DDR gerechtfertigt ist.² Die Kirchen erscheinen in dieser Untersuchungsperspektive in erster Linie als ein Herrschaftsobjekt zur Veranschaulichung von Mechanismen zur Herrschaftsausübung. Die Wahl dieses Blickwinkels ist auch angesichts der aktuellen Diskussion über das Verhalten der Kirchen in der DDR sinnvoll, die von Begriffen wie „Anpassung“ oder „Widerstand“ mit den jeweiligen moralischen Implikationen bestimmt wird und oftmals die historische Dimension sowie die funktionalen Zusammenhänge vernachlässigt.

Diese Debatte war zunächst einseitig auf das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) fixiert, ohne den engen Zusammenhang zwischen SED-Führung und Staatssicherheit zu berücksichtigen. Die Tätigkeit des MfS im Bereich der Kirchen ist mittlerweile ein eigenes Forschungsfeld, unter anderem aufgrund der besonderen Qualität und Quantität des vorhandenen Quellenmaterials. Da die kirchenpolitischen Konzeptionen, nach denen auch das MfS seine Tätigkeit auszurichten hatte, im ZK-Apparat entworfen wurden, beschränkt sich die Studie auf seine Einbindung und Anleitung durch die SED auf zentraler Ebene sowie auf die apparativen Zusammenhänge zwischen MfS und SED, berücksichtigt aber ansonsten das MfS nur am Rande und bezieht die dort entstandenen Akten in der Regel nicht mit ein. Die Analyse läßt jedoch deutlich werden, daß das Wirken des MfS lediglich einen Teilbereich der prinzipiell konspirativ angelegten Politik der SED darstellte und trägt damit auf der Grundlage einer breiten und wissenschaftlich ausgewerteten Quellenbasis zur Versachlichung der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen bei.

Die Untersuchung konzentriert sich auf die Politik der SED gegenüber den evangelischen Kirchen in der DDR, da diese anders als die Minderheitenkirche der Katholiken als Institutionen und gesellschaftliche Kraft für das Machtmonopol der SED von besonderer Bedeutung waren, weshalb auch das Schwergewicht ihrer Kirchenpolitik auf den evangelischen Kirchen lag. Da sich diese Politik aber gegen alle Religionsgemeinschaften in ähnlicher Weise richtete, sind die Ergebnisse auch für die Politik gegenüber der katholischen Kirche oder den Freikirchen relevant. Auf die kirchlichen Ereignisse, innerkirchlichen Entwicklungen im Untersuchungszeitraum und auf ihre theologischen Hintergründe wird nur insoweit eingegangen, wie sie zum Verständnis der SED-Politik unabdingbar sind.

Im ersten Teil werden die verschiedenen politischen Ansätze beschrieben, die die KPD/SED vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen in der Zwischenkriegszeit seit 1945 bis

2 In diesem Zusammenhang spricht beispielsweise Jürgen Kocka – im Rückgriff auf Alf Lütke – von der DDR als einer „durchherrschten Gesellschaft“ und stellt fest, daß „ubiquitäre politische Herrschaft jene Gesellschaft bis in ihre feinsten Verästelungen hinein“ prägte. Kocka: Eine durchherrschte Gesellschaft, S. 548 sowie Lütke: „Helden der Arbeit“, S. 188. Sigrid Meuschel verwendet den Begriff „Parteiherrschaft“. Siehe dazu Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR.

zum „Neuen Kurs“ gegenüber den Kirchen verfolgte. In diesem Zusammenhang werden auch die Rahmenbedingungen für die Kirchenpolitik in dieser Zeit – wie das Wirken der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und später der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) oder der Einfluß der sowjetischen Deutschlandpolitik – sowie die gesamtgesellschaftlichen Veränderungen in der SBZ/DDR ausführlich dargestellt.

Im Hauptteil (Teil II bis IV) wird dann die Herausbildung einer systematischen und langfristig angelegten Differenzierungs- und Unterwanderungsstrategie der SED gegenüber den Kirchen untersucht, wobei zunächst die sowjetischen Vorgaben zum „Neuen Kurs“ und ihre Hintergründe in den Blick genommen werden, um anschließend die Herausbildung einer systematischen Kirchenpolitik im ZK-Apparat nachzuzeichnen. Sodann werden die verschiedenen Teilbereiche, in denen sich die Kirchenpolitik der SED in den folgenden Jahren entwickelte, beschrieben. Daher tritt in den Teilen III und IV der chronologische Aspekt zugunsten der systematischen Rekonstruktion der jeweiligen thematischen Gegenstände in den Hintergrund. Nur innerhalb der einzelnen Unterkapitel wird chronologisch vorgegangen.

Hierzu wird in Kapitel III der umfangreiche kirchenpolitische Apparat untersucht, der sich in Partei, Staat, Staatssicherheit sowie in den Massenorganisationen herausbildete. Dann werden in Kapitel IV diejenigen Teilbereiche der neuen Politik in der Art von Fallstudien in den Blick genommen, in denen im Untersuchungszeitraum unmittelbar durch Beschlüsse des Politbüros bzw. des Sekretariats des ZK – also der obersten Entscheidungsebene – systematisch die Voraussetzungen für eine Unterwanderungs- und Differenzierungspolitik geschaffen wurden. Es handelt sich dabei um die Einflußnahme auf die kirchliche Personalpolitik, die Umgestaltung der Theologischen Fakultäten an den Universitäten durch eine systematische „Kaderpolitik“, die Gründung eines Pfarrerbundes und einer „loyalen“ Zeitschrift für die Pfarrerschaft, die Schaffung eines Beratergremiums für die SED aus Kreisen der Kirche sowie die Gründung eines Erholungsheimes für „loyale“ kirchliche Mitarbeiter in Tabarz.

Zu diesen Teilbereichen der neuen Kirchenpolitik gehörten weiterhin eine Reihe repressiver Elemente, durch deren Ausbau die SED einerseits administrative Zugriffsmöglichkeiten schaffen wollte, um der Differenzierungs- und Unterwanderungspolitik bessere Ansatzpunkte zu bieten. Andererseits wollte sie damit die Kirchen effektiver als bisher aus dem gesellschaftlichen Leben zurückdrängen. Hierbei handelte es sich um die Beschneidung der kirchlichen Finanzen, die Reglementierung der kirchlichen Bautätigkeit sowie die Zurückdrängung des kirchlichen Einflusses im Bildungsbereich. Die Analyse zeigt auf, wie die Einflußnahme in den genannten Bereichen im einzelnen organisiert war und auf welchen Grundlagen sie beruhte.

Teil V beschreibt die erste große Auseinandersetzung, die die SED unter Zugrundelegung ihrer neuen kirchenpolitischen Konzeption und mit Hilfe des inzwischen entwickelten Instrumentariums führte. Dabei kommen auch das Wirken des ersten Staatssekretärs für Kirchenfragen, Werner Eggerath, sowie die gescheiterten Reformversuche, die von Otto Nuschke und Paul Wandel unternommen wurden, zur Sprache. In diesem Kapitel überwiegt erneut die chronologische Vorgehensweise, wobei auch die Entwicklungen, die in den vorangehenden Teilen III und IV untersucht werden, eine zeitgeschichtliche Einbettung erfahren.

Im letzten Teil werden die theoretischen Grundlagen vorgestellt, auf denen die Analyse der SED-Kirchenpolitik beruht und auf die im Laufe der Studie wiederholt verwiesen wird. Hier kommen die wichtigsten Modelle für die Herrschaftsausübung der SED gegenüber

gesellschaftlichen Bereichen zur Sprache, die – wie in besonderem Maße die Kirchen – ihrem direkten Zugriff entzogen waren. Da das Vorgehen der SED gegenüber den Kirchen zu einem guten Teil als ein weltanschaulicher Verdrängungskampf zu verstehen ist, muß an dieser Stelle auch etwas zum Charakter marxistisch-leninistischen Ideologie als konkurrierender „Ersatzreligion“ gesagt werden. Den Abschluß bildet eine Zusammenfassung der Ergebnisse sowie der Versuch, die Kirchenpolitik der SED in der Perspektive des Zusammenbruchs ihrer Herrschaft 1989 zu bewerten.

Der Autor möchte durch gewissenhafte Interpretation des vorhandenen Quellenmaterials einen klärenden Beitrag zu einer Debatte leisten, die durch mehr oder weniger provisorische Veröffentlichungen einzelner Quellenstücke und durch den leidigen Streit um die Stasi-Verstrickungen hochrangiger Politiker immer wieder belastet wurde, was einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema im Wege stand, zumal in der gegenwärtigen Diskussion über die Geschichte des zweiten deutschen Staates auch aus den Reihen der Wissenschaft einige polemische Seitenhiebe die einfachsten handwerklichen Regeln mißachteten und deutlich unter die "akademische Gürtellinie" zielten.

Die vorliegende Studie hätte nicht entstehen können ohne die vielfältigen Unterstützungen und Anregungen, für die ich an dieser Stelle Dank sagen möchte. Zu nennen ist an erster Stelle Professor Dr. Manfred Görtemaker, der die Arbeit als Dissertation an der Universität Potsdam seit Frühjahr 1993 fachlich betreut und seit September 1993 auch materiell gefördert hat. Grundlegende Anregungen erhielt ich bei der Mitarbeit am ersten Arbeitspapier des Forschungsverbunds SED-Staat an der Freien Universität Berlin, das unter der Leitung von Prof. Dr. Manfred Wilke entstand.³ Er förderte die Fertigstellung der Arbeit seit November 1994 in einem Forschungsprojekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft und engagierte sich für die Veröffentlichung in der von ihm zusammen mit PD Dr. Klaus Schroeder herausgegebenen Reihe. Prof. Dr. Peter Maser half mir, vielerlei Schwierigkeiten des "wissenschaftlichen Alltags" zu überwinden. Einen wichtigen Beitrag leistete Michael Kubina, der in einer Expertise, die wir gemeinsam für die Enquete-Kommission des 12. Deutschen Bundestages anfertigten, die Zeit bis 1953 untersucht hat und darüber hinaus viele weitere Hinweise gab.⁴ Entscheidende Anregungen erhielt ich schließlich aus dem intensiven fachlichen Austausch mit meinem Kollegen Dr. Hermann Wentker vom Institut für Zeitgeschichte, Außenstelle Berlin. Mein Vater, der seit der Frühzeit bis zum Ende der siebziger Jahre in der DDR als Pfarrer wirkte, hat mir mit seiner lebendigen Erinnerung die oft trockenen Akten plastisch werden lassen.

Zum Forschungsstand

Die historische und politikwissenschaftliche DDR-Forschung in der Bundesrepublik widmete sich vor Auflösung der DDR nur am Rande dem Verhältnis von Staat und Kirchen. Grundsätzlich standen sich in der DDR-Forschung Anhänger eines Totalitarismus-Ansatzes⁵

3 Wilke: SED-Kirchenpolitik 1953-1958.

4 Goerner, Kubina: Die Phasen der Kirchenpolitik.

5 Stellvertretend für die umfangreiche Literatur zum Totalitarismus-Ansatz seien hier genannt: Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft; Aron: Démocratie et totalitarisme; Friedrich: Totalitäre Diktatur; Neumann: Permanent Revolution. Eine umfassende Darstellung des Totalitarismus-Konzepts nimmt u. a. Glæbner vor in: Glæbner: Sozialistische Systeme, S. 44-87. Die Merkmalsgruppen, die die Totalitarismustheorie für einen totalen Staat aufstellte (u. a. das Vorhandensein einer Führerfigur, eine chiliastische Ideologie, eine einzige Massenpartei, ein Terrorsystem, Monopol der politischen Führung

(insbesondere in den fünfziger und frühen sechziger Jahren) und Vertreter eines „kritisch-immanenten“ Ansatzes⁶ (seit Anfang der siebziger Jahre) gegenüber. Dieser Gegensatz blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Veröffentlichungen zum Staat-Kirche-Verhältnis in der DDR. Bis zum Anfang der sechziger Jahre überwogen Arbeiten publizistischen oder populärwissenschaftlichen Charakters, die stark durch den „Kalten Krieg“ im Ost-West-Verhältnis und durch die harten „Kirchenkampf“⁷-ähnlichen Auseinandersetzungen in der SBZ/DDR in den fünfziger Jahren geprägt sind.⁸ In einer vergleichbaren Perspektive steht auch die Darstellung von Hellmuth Nitsche aus dem Jahr 1983, die die „zwangsläufigen Folgen und tödlichen Gefahren“, die sich aus der Zusammenarbeit mit Kommunisten für die Demokratie ergeben würden, aufzeigen will.⁹ In der DDR erschienen zum Staat-Kirche-Verhältnis – von der SED, der CDU bzw. dem Staatsrat herausgegeben – eine Reihe von Veröffentlichungen propagandistischen Charakters, die jedoch den Vorteil haben, verschiedene Dokumente zugänglich zu machen. Ihnen kam eine konkrete politische Funktion zur Zeit ihrer Publikation zu, die meist aus einem aktuellen Anlaß erfolgte. Daher sind sie als ein Bestandteil der SED-Kirchenpolitik und als Quellentexte zum Thema zu werten.¹⁰ Die kirchliche Publizistik, insbesondere in West-Berlin, hat die Entwicklung der Kirchen in der DDR engagiert begleitet und durch ihre Beobachtungen teilweise Ansatzpunkte für die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema geschaffen.¹¹ So wurde von Reinhard Henkys eine Sammlung wichtiger kirchlicher und staatlicher Dokumente bis zum Jahre 1970 herausgegeben.¹² Für die Dokumentation der einzelnen kirchlichen Ereignisse und Vorgänge im Untersuchungszeitraum ist das jährlich erscheinende „Kirchliche Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland“, das im Unter-

über die Massenkommunikation und die Verteidigung, dauernde Mobilisierung der Gesellschaft gegen eine imaginäre Bedrohung sowie die zentrale Lenkung der Wirtschaft) bezogen sich in erster Linie auf das Dritte Reich und die Sowjetunion unter Stalin. Im Hinblick auf die SBZ/DDR kommt auf den ersten Blick hauptsächlich der Zeitraum von 1948 bis 1953 bzw. – in abgeschwächtem Maße – bis 1961 für diese Charakterisierung in Betracht, weniger die Zeit danach. Daher wandte sich die Forschung seit Mitte der sechziger Jahre von der Totalitarismus-Theorie ab. Im Zuge der Neubewertung dieses Ansatzes nach 1989 haben mehrere Forscher erneut seine Anwendbarkeit für die kirchliche Zeitgeschichtsforschung diskutiert. S. Maier: Die totalitäre Herausforderung und die Kirchen, sowie Maser: Kirchliche Zeitgeschichte nach der Wende, S. 82-84.

6 Zu dieser Forschungsrichtung siehe u. a. Ludz: *Parteilite im Wandel*, S. 93 f.; Stellvertretend für eine Fülle von „systemimmanenten“ Untersuchungen seien an dieser Stelle nur erwähnt: Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1972 und 1974; Ludz (wiss. Leitung): *DDR-Handbuch*.

7 Zum Begriff „Kirchenkampf“ siehe Kap. I.4.b.

8 Die wichtigsten dieser älteren Arbeiten sind: Shuster: *Religion hinter dem eisernen Vorhang*; Cantor: *Kirche, Staat und SED*; Jeremias: *Die Jugendweihe in der Sowjetzone*; Hermann: *Der Kampf gegen Religion und Kirche*; Hutten: *Christen hinter dem eisernen Vorhang*; Klausener: *Sie hassen Gott nach Plan*; Maser: *Der Kampf der SED gegen die Kirche sowie ders.: Genossen beten nicht*; Solberg: *Kirche in der Anfechtung*; Koch: *Neue Erde ohne Himmel*.

9 Nitsche: *Zwischen Kreuz und Sowjetstern*, S. 11.

10 Die wichtigsten dieser Textsammlungen sind: *Christentum und Sozialismus heute*; *Sozialisten und Christen verbinden gemeinsame Ideale und Ziele*; *Marxisten und Christen wirken gemeinsam für Frieden und Humanismus*; *Matern: Unser gemeinsamer Weg zur sozialistischen Menschengemeinschaft*; *Ulbricht: Aussprache mit hervorragenden Christen*; *Verner, Götting: Christen und Marxisten in gemeinsamer Verantwortung*; *Wirth: Auf dem Wege der sozialistischen Menschengemeinschaft*.

11 Ein Beispiel ist der Sammelband von Henkys: *Die Evangelischen Kirchen in der DDR*.

12 Henkys: *Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR*.

suchungszeitraum stets über eine großes Kapitel über „Die Evangelische Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone (DDR)“ verfügte, eine unschätzbare Quelle.¹³ Die allgemeinen zeitgeschichtliche Ereignisse in der SBZ/DDR werden in dieser Zeit am zuverlässigsten in der vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegebenen Chronologie „Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands...“ zusammengestellt.¹⁴ Auch Günther Köhler¹⁵ und Gerhard Koch¹⁶ machten erstmals wichtige Quellen zur SED-Kirchenpolitik zugänglich. Allerdings handelt es sich bei allen diesen Dokumenten fast ausschließlich um kirchliche Überlieferungen oder öffentliche bzw. halböffentliche Verlautbarungen der DDR.

Seit Mitte der sechziger Jahre begann auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Staat und Kirchen in der DDR. Zu nennen sind hier die Untersuchungen von Kurt Gust¹⁷ und Sam Dahlgren,¹⁸ und die juristisch und verfassungsgeschichtlich ausgerichtete Dissertation von Kurt Rommel.¹⁹ Auch die bereits erwähnte Arbeit von Gerhard Koch²⁰ ist verfassungsgeschichtlich orientiert. Den Autor interessiert, aufgrund welcher geschichtlichen Entwicklung eine so krasse Einschränkung der kirchlichen Rechte, wie sie von der DDR-Verfassung des Jahres 1949 zur neuen Verfassung von 1968 erfolgte, geschehen konnte. Dabei beobachtet er eine allmähliche Verschiebung des Rechtsstatus der Kirchen weg von den in der Verfassung von 1949 festgelegten Grundsätzen hin zu öffentlichen Erklärungen und Kommuniqués, die teilweise ohne eine gesamt-kirchliche Legitimation zustandekamen. Dieser Prozeß, der sich hauptsächlich seit Ende der fünfziger Jahre vollzog, mündete in die Verfassung von 1968 ein. Die Ausführungen von Koch sind jedoch so breit angelegt, daß sie eine Darstellung der Geschichte des Verhältnisses von Staat und Kirchen in der DDR beinhalten, die zudem den Vorteil hat, die Machtverhältnisse und Verursachungszusammenhänge klar zu benennen. Den ersten Versuch, sich umfassend, analytisch und systematisierend der Problematik von Staat und Kirche in der DDR anzunehmen, stellt die Habilitationsschrift von Horst Dähn dar: „Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945-1980“.²¹ Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht die (mit Abstrichen grundsätzlich positiv eingeschätzte) Entwicklung der Handlungsmöglichkeiten der Kirchen in der DDR im untersuchten Zeitraum. Diese politologisch-sozialwissenschaftliche Studie verfallt nicht mehr der Versuchung, – so urteilte Henkys, ein einflußreicher kirchlicher Publizist, in seinem Vorwort – „diesen Staat ausschließlich mit der SED und ihrem Herrschaftsanspruch zu identifizieren und die Menschen nur als eine von der Partei beherrschte graue Masse anzusehen.“²² Dähn verwertet kirchliches und privates Archivmaterial. Er bezieht auch das Selbstverständnis, die Rolle und das Wirken der Kirchen (schwerpunktmäßig der evangelischen) in seine Darstellung ein. Verschiedene Politikfelder und gesellschaftliche

13 Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland, hg. von Joachim Beckmann, Gütersloh, fortlaufende Jahrgänge.

14 Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1945-1954, sowie Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1955-1958.

15 Köhler: Pontifex nicht Partisan.

16 Koch: Staat und Kirche in der DDR.

17 Gust: East German Protestantism under Communist Rule 1945-1961.

18 Dahlgren: Das Verhältnis von Staat und Kirche während der Jahre 1949-1958.

19 Rommel: Religion und Kirche im sozialistischen Staat DDR.

20 Koch: Staat und Kirche in der DDR.

21 Dähn: Konfrontation oder Kooperation?

22 Ebenda, S. 7.

Bereiche werden daraufhin untersucht, wie weit hier Konflikt oder Kooperation bestand. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf dem Erziehungssystem und der Jugendarbeit. Bedingt durch den methodischen Zugriff, der sich an die „systemimmanenten“ Arbeiten anlehnt, läßt Dähns Studie jedoch viele Fragen offen, da die konkreten historischen Abläufe oft nicht rekonstruiert werden und die Repressionsmechanismen sowie die Art und Weise der Machtausübung durch die SED weitgehend im Dunkeln bleiben.

Aus internationaler Perspektive wurde das Verhältnis Staat-Kirche bzw. Kommunismus-Religion in der DDR bislang zumeist im Rahmen der Kommunismus- bzw. Osteuropafor- schung betrachtet, die die Wandlungen im „Weltkommunismus“ untersuchte. Die DDR wird von diesen Arbeiten im allgemeinen als ein Sonderfall behandelt, da sie – abgesehen von der besonderen Situation der deutschen Teilung – der einzige Staat im sowjetischen Machtbereich mit einer weit mehrheitlich protestantischen Bevölkerung war und der Prote- stantismus in Ostdeutschland einen wichtigen Bestandteil der Nationalkultur darstellte. Neben der Untersuchung von George Brand²³ gehört in diese Kategorie die Arbeit von Pedro Ramet „Cross and Commissar. The Politics of Religion in Eastern Europe and the USSR“.²⁴ Ramet interessieren allerdings in erster Linie die Konflikte zwischen Staat und christlicher Friedensbewegung in den achziger Jahren, während Brand dem Zeitraum und dem Gegenstand der vorliegenden Untersuchung näher kommt. Ihn interessiert die Frage, „how and to what extent religious institutions may be deliberately used by an authoritarian state in building a new political community.“²⁵ Er stellt fest, daß es der SED bei einer Minimierung des tatsächlichen kirchlichen Einflusses um eine Maximierung des möglichen Nutzens einer politischen Einbindung der Kirchen für internationale Anerkennung, Legiti- mation und Souveränität der DDR ging. Diese Entwicklung erfolgte laut Brand seit 1957 und mündete ein in die Teilung der EKD und die Gründung des BEK im Jahre 1969.

Auch die Arbeit von Robert Goeckel „The Lutheran Church and the East German State. Political Conflict and Change under Ulbricht and Honecker“²⁶ nähert sich mit einer ähnlichen Perspektive dem Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR. Neben der Analyse des Sonderverhältnisses von „Lutheran Protestantism and Soviet-style Leninism“ beabsichtigt er, am Beispiel des Staat-Kirche-Verhältnisses die Möglichkeiten und Bedin- gungen für politischen Wandel in kommunistischen Systemen im allgemeinen zu unter- suchen. Dabei hat Goeckel insbesondere die Zeit von 1968 bis 1974 im Blick, die für ihn mit der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) und dem Führungswechsel von Ulbricht zu Honecker entscheidend für einen Wandlungsprozeß im Staat-Kirche-Verhältnis ist. Er vertritt die These, daß es in dieser Zeit in engem Wechsel- verhältnis zum internationalen Entspannungsprozeß und zur bundesdeutschen Ostpolitik ein „long-term rapprochement between the state and the Evangelical churches during the era of SED chief Erich Honecker“²⁷ gegeben hätte. „After 1969 a process of pragmatic coo- peration led to the evolution of a symbiotic relationship.“²⁸ Der von Goeckel festgestellte Wandel im Staat-Kirche-Verhältnis hätte daher einen begrenzten und „konservativen“ Charakter gehabt. Goeckel bietet eine fundierte und systematische Analyse der SED-Kir-

23 Brand: Accommodation and Resistance.

24 Ramet: Cross and Commissar.

25 Brand: Accommodation and Resistance, S. 1.

26 Goeckel: The Lutheran Church. S. auch ders.: Detente and Conservatizing Liberalization.

27 Ebenda, S. 2.

28 Ebenda, S. 274.

chenpolitik (im Sinne von policy). Er untersucht, wie die SED ihre Strategie und Taktik gegenüber den Kirchen ihren jeweiligen übergeordneten politischen Zielen und den internationalen Rahmenbedingungen anpaßte und benennt vier konstitutive Elemente der SED-Kirchenpolitik, die im Laufe der Zeit unterschiedlich gewichtet worden seien: 1. die atheistische Propaganda, 2. Versuche, die Christen für die DDR zu mobilisieren, 3. Administrative Maßnahmen („Zuckerbrot und Peitsche“) und 4. die Kaderpolitik (die Goeckel über die Bildungspolitik realisiert sieht).²⁹ Goeckel interessiert aber eher die Analyse des Kosten-Nutzen-Verhältnisses für die SED in der Kirchenpolitik (Abwägung der Kosten einer vorsichtigen politischen Öffnung, um die innenpolitische Stabilität zu erhöhen gegenüber den Vorteilen einer Abgrenzungspolitik mit eventuellen destabilisierenden Effekten), als daß er den konkreten Mitteln und Methoden der SED bei der Durchsetzung ihrer Kirchenpolitik detailliert nachgeht. Seine Analyse eines Wandlungsprozesses ist jedoch für die vorliegende Untersuchung von Bedeutung, wengleich Goeckel eine spätere Epoche in den Blick nimmt.

Die Schwachstelle aller Arbeiten dieser Zeit zum Staat-Kirche-Verhältnis in der DDR war die bis 1989 herrschende Quellenlage. Westlichen Forschern standen nur öffentlich zugängliche (vor allem die DDR-Presse und propagandistische Publikationen) sowie von kirchlicher Seite zugänglich gemachte Quellen und eine Reihe von Memoiren zur Verfügung. Goeckel konnte zudem Einblick in einzelne Bestände aus dem Archiv der Ost-CDU nehmen. Daher waren bisher „Detailanalysen des kirchenpolitischen Entscheidungsprozesses [...] ebensowenig möglich wie Analysen der Instrumente zur Durchsetzung der staatlichen Kirchenpolitik“.³⁰ Anders verhält es sich mit den internen Untersuchungen aus der DDR zur Kirchenpolitik der SED, die jedoch vor 1989 selbst in der DDR nicht öffentlich zugänglich waren. Sie waren als wissenschaftliche Entscheidungshilfe des ZK-Apparats für die Konzeption seiner Kirchenpolitik gedacht und entstanden im Rahmen langfristiger „Themenpläne“ im Auftrage der Akademie für Gesellschaftswissenschaften bzw. des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK. Jedoch konnten selbst die Autoren dieser Arbeiten die Archivbestände des ZK-Apparates nur sehr selektiv und zudem unter einem vorgegebenen engen Blickwinkel verwerten. Daher sind sie neben den SED-Akten eher als Quellenmaterial denn als wissenschaftliche Analysen von SED-Kirchenpolitik zu sehen.³¹

Nach Öffnung der Archive zur SED- und DDR-Geschichte ist es nun möglich, zu untersuchen, von welchen Prämissen die SED bei ihrer Kirchenpolitik ausgegangen ist, welche Apparate und welche Konzeptionen dafür geschaffen wurden, wie die Entscheidungsfindungsprozesse abliefen und wie die SED ihre Kirchenpolitik in der Praxis umgesetzt hat. Gerade diese Fragestellungen waren bisher vernachlässigt worden. Erste Quellenveröffentlichungen wurden bereits – z. T. in provisorischer Form – vorgelegt.³²

29 Ebenda, S. 38 f.

30 So Horst Dähn auf einem wissenschaftlichen Kolloquium im Herbst 1992, siehe Dähn: Kirche, kirchlicher Alltag, staatliche Kirchenpolitik, S. 47.

31 Zu nennen sind hier vor allem folgende damals als „parteiinternes Material“ unter Verschuß gehaltenen Dissertationen aus dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: Dohle: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED; Heise: Die Politik der SED zur Einbeziehung von Gläubigen; ders.: Das Ringen der SED um die Mitarbeit von Gläubigen; Kaiser: Das Wirken der SED für eine Normalisierung der Beziehungen. Unter Leitung von Prof. Olof Klohr wurden von der Forschungsgruppe „Wissenschaftlicher Atheismus“ an der Ingenieurhochschule für Seefahrt Warnemünde/Wustrow der Parteispitze in regelmäßigen Abständen sogenannte „Kirchenstudien“ vorgelegt.

32 Wilke: SED-Kirchenpolitik 1953-1958; Höllen: Loyale Distanz? Hartweg: SED und Kirche.

Die Diskussion über das Verhalten der Kirchen in der DDR, die nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes entstand, war zunächst stark auf die Rolle der Staatssicherheit im Staat-Kirche-Verhältnis fixiert. Ausgelöst wurde diese Debatte durch die Dokumentation von Gerhard Besier und Stephan Wolf³³ sowie durch die Auseinandersetzungen um die Rolle des brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe. Dadurch nahm das öffentliche und wissenschaftliche Interesse an dem Thema „Staat und Kirche in der DDR“ stark zu, was wiederum der Forschung zugute kam. So hat sich auch die Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ in einem eigenen Themenfeld mit „Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur“ beschäftigt.³⁴ Eine Reihe von Expertisen wurden durch die Kommission zu diesem Gebiet in Auftrag gegeben. Auch haben bereits mehrere wissenschaftliche Tagungen zur SED-Kirchenpolitik stattgefunden, die ihren Niederschlag in entsprechenden Tagungsbänden fanden.³⁵ Eine erste Bestandsaufnahme der neu entstandenen „Forschungslandschaft“ nahmen Horst Dähn³⁶ und Peter Maser³⁷ vor. Dabei wurden auch bereits Methodenprobleme³⁸ und Periodisierungsfragen³⁹ diskutiert.

Einen ersten Literaturüberblick gibt Ewald Frie in der Bibliographie des Arbeitskreises „Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR“ am Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen.⁴⁰ Er benennt zentrale Desiderate der Forschung zum Themenfeld SED und Kirche: „Wir wissen zu wenig über mögliche Friktionen innerhalb der staatlichen und Parteiapparate, über die Wandlungen kirchenpolitischer Zielsetzungen und Inhalte. Außerdem müssen die externen Handlungsbedingungen – politische, gesellschaftliche und theologisch/ideologische – in ihrer unterschiedlichen Wirksamkeit genauer definiert und in die Untersuchung einbezogen werden.“⁴¹

33 Besier, Wolf: „Pfarrer, Christen und Katholiken“.

34 S. Bericht der Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, vom 31. 5. 1994 sowie die Protokolle der öffentlichen Anhörungen der Kommission am 14. und 15. Dezember 1993 in Erfurt, am 21. Januar 1994 in Bonn und am 8. und 9. Februar 1994 in Dresden, in: Materialien der Enquete-Kommission, Bd. I, S. 496-558 sowie Bd. VI, S. 6-508.

35 Siehe: Staatliche Kirchenpolitik im „real existierenden Sozialismus“ in der DDR. Wissenschaftliches Kolloquium im Adam-von-Trott-Haus vom 1. bis 3. Oktober 1992, hg. vom Evangelischen Bildungswerk Berlin, Berlin 1993; Die Kirchen unter NS- und SED-Herrschaft. Tagung des Deutschen Historischen Instituts London im Augustinerkloster zu Erfurt, 10.-12. Dezember 1992; Die Beiträge sind veröffentlicht in: Heydemann, Kettenacker: Kirchen in der Diktatur; Zum Lebensmuster der Religionsgemeinschaften im DDR-Staat. Tagung der Evangelischen Akademie der Pfalz, 3.-5. Dezember 1993 in Enkenbach/Pfalz: Kirche und Diktatur. Zum Lebensmuster der Religionsgemeinschaften im DDR-Staat (Veröffentlichungen einiger Beiträge in KZG 2/1994); Staat – Kirche – Beziehungen in der DDR und anderen ehemals realsozialistischen Ländern 1945 bis 1989. Wissenschaftliches Kolloquium im Adam-von-Trott-Haus vom 17.-19. Dezember 1993, hg. vom Evangelischen Bildungswerk Berlin, Berlin 1994; Zur Kirchenpolitik von SED und MfS. Wissenschaftliche Fachtagung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, 19.-21. Januar 1995 in Berlin. Veröffentlichung geplant.

36 Dähn: Die Rolle der Kirchen in der DDR.

37 Maser: Kirchliche Zeitgeschichte nach der Wende.

38 Dähn: Probleme, Ziele und Methoden.

39 Dähn: Ziele, Praxis und Methoden.

40 Kaiser: Bibliographie zum Arbeitskreis Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR.

41 Ebenda, S. 16.

Angesichts der Tatsache, daß ein großer Teil der Forscher zur Kirchenpolitik aus dem Raum der Kirchen selbst kommt, sind aber viele neuere Untersuchungen zum Staat-Kirche-Verhältnis theologisch bzw. kirchengeschichtlich ausgerichtet und interessieren sich in erster Linie für das Handeln der Kirchen gegenüber dem Staat. Ein Beispiel für diese Ausrichtung wäre die Dissertation von Thomas Friebel.⁴² Die Arbeiten von Holger Kremser⁴³ und Thomas Boese⁴⁴ sind dagegen rechtsgeschichtlich bzw. juristisch orientiert. Einen sozialgeschichtlichen Ansatz verfolgen Christoph Kleßmann bei seiner Untersuchung des protestantischen Milieus in der DDR⁴⁵ und Detlef Pollack bei seiner Analyse der Entwicklung von Religiosität und Kirchlichkeit in der DDR. Pollack stellt im Ergebnis seiner Studie einen rasanten Rückgang der Kircheng Zugehörigkeit in der DDR – insbesondere in den Jahren 1953/54 und 1957/59 – fest. Nach Vergleichen mit der Bundesrepublik und anderen ost- und westeuropäischen Staaten kommt er zu dem Ergebnis, daß diese Einbrüche nur mit der repressiven Kirchenpolitik der SED erklärbar sind.⁴⁶ Daneben hat Pollack die Beziehungen zwischen SED und Kirche unter dem Gesichtspunkt der Kommunikationsverläufe und -zusammenhänge untersucht⁴⁷ und beabsichtigt, demnächst eine größere soziologische Darstellung über die Kirchen in der DDR zu veröffentlichen.⁴⁸

Die umfangliche Monographie von Gerhard Besier mit dem Titel: „Der SED-Staat und die Kirche,“ die den Zeitraum 1945 bis 1969 in den Blick nimmt, macht erstmals eine große Zahl von SED-Akten und Dokumenten aus dem Raum der Kirchen publik und stellt sie in ihren historischen und sachlichen Zusammenhang. Im Zentrum des Buches steht jedoch weniger, wie der Titel vermuten lassen könnte, die Politik der SED als vielmehr „Der Weg [der Kirche, d. Verf.] in die Anpassung“ (Untertitel).⁴⁹ Da der Autor im wesentlichen chronologisch vorgeht und sich eine möglichst umfassende Dokumentation zum Ziel gesetzt hat, kann er zudem nur wenig auf systematische Gesichtspunkte wie die Herrschaftstechnik der SED oder die Zusammenhänge zwischen der Kirchenpolitik und den parallelen zeitgeschichtlichen Vorgängen eingehen, bietet aber eine Fülle von Einzelhinweisen und Hintergrundwissen.

Bislang fehlt eine systematische und breit angelegte Analyse der Politik der SED unter dem Blickwinkel der Herrschaftssicherung. Die vorliegende Studie versteht sich unter anderem als eine systematische Darstellung des Herrschaftskonzepts der SED und seiner Entstehungsgeschichte, das bislang in der Form eines Arbeitspapiers bzw. mehrerer Artikel und einer Expertise nur andeutungsweise belegt werden konnte.⁵⁰ Zwischenzeitlich wurden diese Ausarbeitungen bereits von anderen Autoren aufgegriffen und vertieft – allerdings bisher nur in Teilaspekten und nicht in erschöpfender Form.

42 Friebel: Kirche und politische Verantwortung.

43 Kremser: Der Rechtsstatus der evangelischen Kirchen in der DDR.

44 Boese: Die Entwicklung des Staatskirchenrechts.

45 Kleßmann: Zur Sozialgeschichte des protestantischen Milieus.

46 Pollack: Von der Volkskirche zur Minderheitskirche, S. 277.

47 Pollack: Kirche zwischen inszenierter Öffentlichkeit.

48 Pollack: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Diese Arbeit lag dem Verfasser jedoch bislang erst als Verlagsankündigung vor.

49 Besier: Der SED-Staat und die Kirche.

50 Wilke: SED-Kirchenpolitik 1953-1958. Goerner, Kubina: Die Phasen der Kirchenpolitik; Goerner: Apparatestruktur und Methoden der SED-Kirchenpolitik; ders.: Zu den Strukturen und Methoden der SED-Kirchenpolitik.

Kurz vor Abschluß der Untersuchung hat Rudolf Mau eine Veröffentlichung vorgelegt, die ebenfalls auf das erwähnte Arbeitspapier zurückgreift und dabei dem Untersuchungsaspekt der Herrschaftssicherung am nächsten kommt.⁵¹ Mau behandelt ebenfalls – wie der Titel der vorliegenden Arbeit – „die evangelische Kirche als Problem der SED“ (Untertitel). Auch er stellt den Herrschaftsapparat, das wichtigste Instrumentarium für die SED-Kirchenpolitik und die Unterwanderungsstrategie dar. Da jedoch der relativ kurze Text, der für eine breitere Leserschaft angelegt ist, den gesamten, 40 Jahre dauernden Konflikt behandelt und dabei beide Exponenten, SED und Kirche, in den Blick nimmt, können viele Zusammenhänge nur angerissen und Hintergründe meist nur aphoristisch angedeutet werden. Dadurch bleibt notwendigerweise die Genese des kirchenpolitischen Herrschaftskonzepts der SED unvollständig. Gleiches gilt für die Einbettung des Konflikts in das Gesamtsystem der SED-Herrschaft oder für herrschaftstheoretische Reflexionen. Durch diese Anlage der Untersuchung kann der Autor allerdings die langfristigen Wirkungen dieser SED-Strategie auf die Kirchen in stärkerem Maße berücksichtigen. Er schätzt die Erfolge der SED – teilweise zu recht, insgesamt aber viel zu optimistisch – als letztendlich gering ein, belegt diese Wertung aber nur ansatzweise. Der kirchenpolitische Apparat der SED wurde in letzter Zeit auch in einer Dissertation von Thomas Raabe einleitend behandelt. Diese Arbeit widmet sich jedoch schwerpunktmäßig der Politik der SED gegenüber der katholischen Kirche, die sie in mehreren Fallstudien exemplarisch untersucht.⁵²

Einige kleinere Veröffentlichungen haben in letzter Zeit bereits systematische Einzelaspekte der SED-Kirchenpolitik erhellt, die teilweise auch die Herrschaftsausübung der SED gegenüber den Kirchen betreffen. Zum einen handelt es sich dabei um den kirchenpolitischen Apparat. Zu nennen wären hier insbesondere die Aufsätze von Armin Boyens über die Geschichte der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen⁵³ und von Hermann Wentker über die Funktion der Ost-CDU in der Kirchenpolitik,⁵⁴ die auch von Robert Goeckel⁵⁵ und Gerhard Besier⁵⁶ untersucht wird. Auf einer Tagung beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen „Zur Kirchenpolitik von SED und MfS“ im Januar 1995 beschäftigte sich ein Themenkomplex mit dem kirchenpolitischen Apparat.⁵⁷

Zum zweiten richtet sich das derzeitige Interesse der Forschung auf die Theologischen Fakultäten an den Universitäten, über die ein Aufsatz⁵⁸ und eine Sammlung von Quellen und Fallstudien von Dietmar Linke⁵⁹ vorliegt und sich derzeit eine Reihe von Untersuchungen in Arbeit befindet.⁶⁰ Als dritter Schwerpunkt zeichnet sich die Untersuchung des

51 Mau: Eingebunden in den Realsozialismus?

52 Raabe: SED-Staat und katholische Kirche. Da diese Arbeit erst nach Fertigstellung des Manuskripts veröffentlicht wurde, konnte sie für die vorliegende Studie inhaltlich noch nicht berücksichtigt werden.

53 Boyens: Staatssekretariat für Kirchenfragen.

54 Wentker: Ost-CDU und Protestantismus.

55 Goeckel: Die Rolle der CDU in der Kirchenpolitik.

56 Besier: Auf der kirchenpolitischen Nebenbühne.

57 Von dieser Tagung, auf der auch der Verfasser referierte, lagen bislang nur Vortragsmanuskripte vor, die in die vorliegende Untersuchung Eingang fanden: Boyens: Das Staatssekretariat für Kirchenfragen; Wentker: Die kirchenpolitische Abteilung der Ost-CDU; Vollnhals: Die Hauptabteilung XX/4 des Ministeriums für Staatssicherheit. Veröffentlichung geplant in: Clemens Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin.

58 Schilling, Stengel: Die theologischen Sektionen.

59 Linke: Theologiestudenten der Humboldt-Universität.

60 Zu diesem Thema entsteht gegenwärtig u. a. eine Dissertation von Friedemann Stengel, Halle sowie Forschungsarbeiten von Jörn Mothes, Schwerin und Ernst-August Suck (Frankreich).

„Sonderweges“ der Thüringer Landeskirche ab mit den Aufsätzen von Robert Goeckel⁶¹ und Gerhard Besier⁶² sowie mit dem Quellenband von Walter Schilling.⁶³ Ein weiteres Interessengebiet ist der Kampf der SED gegen die kirchliche Jugendarbeit. Von Hermann Wentker existieren Aufsätze über die Einführung der Jugendweihe in der DDR⁶⁴ sowie über die Kampagne gegen die „Junge Gemeinde“ zu Beginn der fünfziger Jahre.⁶⁵ Diesem Thema widmen sich auch Christian Stappenbeck⁶⁶ und Friedhelm Jostmeier.⁶⁷ Daneben richtet sich nach der Quellenedition von Besier und Wolf (s. o.) das Interesse weiterhin auf das Wirken der Staatssicherheit in den Kirchen. Während Stefan Wolf die „Bearbeitung“ der Kirchen in der Frühzeit bis 1953 untersucht,⁶⁸ widmet sich Clemens Vollnhals dem Wirken eines zentralen „Inoffiziellen Mitarbeiters“ in der Kirchenpolitik.⁶⁹

Schließlich liegen bereits eine Reihe von Untersuchungen über die Kirchenpolitik der Jahre nach 1945 vor. Die Politik der SMAD gegenüber den Kirchen im Gebiet der SBZ sowie die Wandlungen der Haltung der KPD vor 1945 zu Religion und Kirche untersucht Clemens Vollnhals unter Einbeziehung der Nachlässe von Pieck und Grotewohl.⁷⁰ Auch die Dissertation von Volker Stanke⁷¹ erhellt die kirchenpolitischen Verhältnisse dieser Zeit für das Land Sachsen. Am umfangreichsten behandelt Jürgen Seidel im Rahmen seiner Untersuchung der evangelischen Landes- und Provinzialkirchen in der SBZ/DDR im gesellschaftspolitischen Kontext der Nachkriegszeit⁷² die Kirchenpolitik der Sowjetischen Militäradministration (SMAD). Die Arbeit stellt sehr detailreich anhand von Quellen aus kirchlichen Archiven schwerpunktmäßig die Politik der evangelischen Kirchen in der SBZ/DDR dar. Sie ist der erste Teil einer umfassenderen Darstellung, deren zweiter Teil eine Untersuchung der staatlichen Kirchenpolitik beinhalten soll.

Zur Quellenlage

Die konzeptionellen Vorgaben der SED-Führung zur Kirchenpolitik liegen in den Aktenbeständen⁷³ ihrer zentralen Entscheidungsgremien vor, dem Politbüro und dem Sekretariat des ZK. Die Protokolle dieser Gremien enttäuschen zwar zunächst beim ersten Zugriff, da es sich ausschließlich um Beschlußprotokolle handelt, die nichts über die eigentliche Entscheidungsfindung, über mögliche Diskussionen oder gar Kontroversen aussagen. Diese Einschätzung ändert sich jedoch bei der Einbeziehung weiteren Materials. Die ideologisch überformte, spröde, formelhafte und eintönige Sprache läßt bei Einordnung in die histori-

61 Goeckel: Von der Mitzenheimpolitik bis zur Anerkennung des Kirchenbundes.

62 Besier: Aus der Resistenz in die Kooperation.

63 Schilling: Die „andere“ Geschichte.

64 Wentker: Die Einführung der Jugendweihe in der DDR.

65 Wentker: „Kirchenkampf“ in der DDR. Speziell zum Verhalten der CDU in dieser Auseinandersetzung siehe ders.: Von der Kooperation zum Konflikt.

66 Stappenbeck: Tarnorganisation für Kriegshetze und Spionage.

67 Jostmeier: SED und Junge Gemeinde.

68 Wolf: Die „Bearbeitung“ der Kirchen. Siehe dazu auch Wolf: Rolle und Funktion des Ministeriums für Staatssicherheit.

69 Vollnhals: Oberkirchenrat Gerhard Lotz.

70 Vollnhals: Zwischen Kooperation und Konfrontation.

71 Stanke: Die Gestaltung der Beziehungen.

72 Seidel: „Neubeginn“ in der Kirche?

73 Einen Überblick über die Archive in der ehemaligen DDR bietet Weber: Die aktuelle Situation in den Archiven.

schen und organisatorischen Zusammenhänge eine „Dekodierung“ zu. Abgesehen von dem Umstand, daß die Protokolle von Politbüro und Sekretariat des ZK bis Ende der fünfziger Jahre teilweise wesentlich ausführlicher und detaillierter als in späteren Jahren sind, finden sich gerade in diesem Zeitabschnitt oft umfangreiche Anlagen zu den Beschlüssen.

In den „Arbeitsprotokollen“ der Sitzungen finden sich handschriftliche Bemerkungen (zumeist die Namen der mit einzelnen Unter-Entscheidungen beauftragten Mitglieder und Mitarbeiter sowie Aussagen über das Material, das die Betroffenen ausgehändigt bekamen), nachträgliche Korrekturen am Protokolltext oder auch längere Notizen, die bereits erste Schlußfolgerungen über Entscheidungswege zulassen. Weiterhin existieren Informations-Dossiers, die die Mitglieder der Parteiführung zu den Sitzungen erhielten. Teilweise haben sich auch die Beschlußvorlagen erhalten, die ausführlich über Hintergründe, Sinn und Zweck eines Beschlusses informieren. Aus diesen Dokumenten sind für den Historiker eine Reihe wichtiger Informationen ersichtlich: der Einreicher und der Ausarbeiter der Vorlage mit entsprechenden Unterschriften, das Datum des Beschlußentwurfs, die Verantwortlichkeit für die Durchführung und Kontrolle des Beschlusses, die Beschlüsse, die unter Umständen durch den neuen Beschluß aufgehoben, geändert oder ergänzt wurden, die Begründung des Beschlusses, die Adressaten sowie der Personenkreis, der den Beschlußentwurf erhalten hatte.

Den Beschlußgremien des ZK der SED arbeitete ein umfangreicher Apparat im ZK zu, der die Beschlußvorlagen, Informationen und die in Auftrag gegebenen Unterlagen nach den Vorgaben der obersten Parteiorgane erstellte. Für die Politik gegenüber den Kirchen war hier seit Ende 1954 die Abteilung und spätere Arbeitsgruppe Kirchenfragen zuständig. Daneben waren weitere ZK-Abteilungen (etwa die für Sicherheitsfragen) wiederholt mit Kirchenfragen befaßt. Außerdem enthalten eine Reihe von Nachlässen (u. a. von Otto Grotewohl, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Paul Verner) wichtige Unterlagen zu diesem Thema. Unter Zuhilfenahme der umfangreichen archivalischen Hinterlassenschaften dieses bürokratischen Apparats läßt sich insgesamt für den Untersuchungszeitraum eine relativ dichte Rekonstruktion der Entscheidungen der SED und ihres Zustandekommens erreichen.⁷⁴

Die Bestände von Politbüro und Sekretariat des ZK sowie des ZK-Apparates lagern im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv der SED, das Ende 1992 in die „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ (SAPMO-BArch ZPA) überführt wurde. Sie bilden den Kernbereich des für den Untersuchungsgegenstand relevanten und für die Studie ausgewerteten Materials. Daneben wurden weitere Bestände aus dem ZPA im Hinblick auf die Kirchenpolitik ausgewertet (ZK-Abteilungen für Befreundete Organisationen und für Sicherheitsfragen, die Nachlässe von Otto Grotewohl, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Paul Verner und Willi Barth, der Bestand des ZK-Büros von Walter Ulbricht) sowie das Schriftgut einiger Massenorganisationen eingesehen („Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“, „Nationale Front“ und „Friedensrat“).

Außerdem wurde das Archivmaterial derjenigen Einrichtungen im Staatsapparat gesichtet, die für die Umsetzung der Kirchenpolitik zuständig waren – in erster Linie die Bestände der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen und die darin eingegangenen Bestände seiner Vorgänger-Einrichtungen, der Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ beim Stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke sowie die Abteilung „Kultfragen“ im

74 Zur Problematik der Protokolle von Politbüro und Sekretariat des ZK sowie zu dieser Arbeitsmethodik siehe Scherstjanoi: Die DDR im Frühjahr 1952, S. 356.

Innenministerium – weiterhin die Bestände des Ministerrats (Sitzungsprotokolle, Büro des Präsidiums sowie Regierungskanzlei). Sie enthalten ebenfalls Vorgänge, die diese Abteilungen betreffen. Diese Bestände lagern im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (BArchP). Außerdem wurde Material beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) eingesehen, insbesondere im Hinblick auf zentrale Anweisungen der SED-Führung an das MfS in der Kirchenpolitik. Für die Klärung von einzelnen Fakten und biographischen Daten sind außerdem die Karteien und Archivalien des ehemaligen Gesamtdeutschen Instituts, wie die „Besucherberichte“ oder die „Kartei des öffentlichen Lebens in der DDR“, die ebenfalls ins Bundesarchiv übergegangen sind, von Nutzen.

Die schriftlichen Hinterlassenschaften der SED erschließen sich dem Benutzer nicht ohne Probleme. Zwar zeugt gerade das Material aus den fünfziger Jahren im Vergleich zu den Beständen aus den sechzigern und den späteren Jahren noch von einer relativ „traditionell“ arbeitenden Behördenstruktur mit der entsprechenden ausgeprägten Schriftlichkeit, doch wurde offensichtlich die Archivablage zeitweilig nur sehr mangelhaft und zudem uneinheitlich gehandhabt.⁷⁵ So finden sich – über verschiedene Bestände verstreut – manchmal nur noch Spuren von vermutlich einst zusammenhängenden Vorgängen. Viele Entwürfe sind ohne Titel oder Betreff, ohne Verfasser oder Adressat. Zudem gibt es eine Reihe von unvollständigen Papieren, die teilweise mitten im Satz abbrechen. Manchmal sind Dossiers auseinandergerissen und werden viele Seiten später oder sogar in einer anderen Mappe fortgesetzt. Zuweilen sind hier Rekonstruktionen durch die – in einigen Bereichen sehr zahlreichen – Dubletten aus anderen Beständen möglich. Vorlagen für Politbüro und Sekretariat wurden in der Regel für alle Mitglieder hektografiert, und von vielen Dokumenten, die über einen „Verteiler“ mehrere Personen erhalten sollten, existieren mehrere Durchschläge. Insbesondere ergänzen sich die Nachlässe (insbesondere Grotewohls und Ulbrichts) und die ZK-Büros (insbes. von Paul Verner) mit den Akten der ZK-Abteilung bzw. Arbeitsgruppe Kirchenfragen. Auch die Paginierung, soweit vorhanden, ist teilweise irreführend. Gerade in den Politbüro-Beständen überlagern sich manchmal mehrere Paginierungen, weil eine alte Folierung nicht immer gestrichen wurde. Daher wird in den Belegen bei diesen Beständen die – präzisere und den Wiederfund erleichternde – Angabe nach Tagesordnungspunkten vorgenommen.

Mündliche Aussagen von Zeitzeugen („oral history“) konnten für die vorliegende Studie nur an vergleichsweise wenigen Stellen herangezogen werden, denn verwertbare Aussagen existieren für den Untersuchungszeitraum kaum, sondern betreffen meist nur die spätere Zeit. Keine der Personen, die an den untersuchten Vorgängen an entscheidender Stelle beteiligt war, lebt heute noch. Die öffentlichen Anhörungen von Zeitzeugen der Bundestags-Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ zu den Themenfeldern Kirche, Massenorganisationen und SED-Herrschaftsapparat sowie die öffentlichen Beweisaufnahmen des Untersuchungsausschusses 1/3 des Landtags Brandenburg („Stolpe-Untersuchungsausschuß“) wurden, wo dies sinnvoll erschien, berücksichtigt. Sie machen jedoch die Problematik dieser Befragungen deutlich: den hohen Rechtfertigungsdruck, dem viele der in Betracht kommenden Personen unterliegen

75 Einige Hinweise zur Art der Aktenführung im ZK-Apparat in den fünfziger Jahren und zur damals dort herrschenden Mentalität gibt eine ehemalige Mitarbeiterin des Zentralen Parteiarchivs, Monika Kaiser: Die Zentrale der Diktatur, S. 65 f. Nach ihren Aussagen habe es bis 1963 keine verbindlichen Richtlinien für den Umgang mit Parteischriftgut gegeben.

und die durch die Aktualität des Themas bedingte gegenseitige Vereinheitlichung der Aussagen.

Teil I

Die kirchenpolitischen Ansätze der SED vor dem „Neuen Kurs“

1. Die Rahmenbedingungen der SED-Kirchenpolitik vor dem „Neuen Kurs“

a. Die Strategie der KPD vor 1945 gegenüber Christentum und Kirche

Die Kirchenpolitik, die von der KPD/SED seit 1945 betrieben wurde, läßt sich ohne Kenntnis der programmatischen Vorgeschichte der Partei und ihrer Traditionen, die sich neben der Arbeiterbewegung auch aus dem Freidenkertum speisen, kaum angemessen einordnen und bewerten. Dieser Umstand verdeutlicht einmal mehr, daß es eine „Stunde Null“ weder für die deutsche Geschichte noch für die „Kommunistische Partei Deutschlands“ gegeben hat. Daher erfolgt zunächst ein kurzer Abriss zur Kirchenpolitik der KPD vor 1945.¹

Kirchenpolitik war für die KPD nie ein eigenständiges Politikfeld, sondern war immer zweierlei Zielen untergeordnet: Zum einen war für sie die Kirche als tragender Bestandteil der von ihr bekämpften „bürgerlichen Gesellschaftsordnung“ eine Institution neben anderen, die es langfristig abzuschaffen galt. Der einzelne Christ war weniger ein Angriffsziel, denn seine „Weltanschauung“ konnte sich durch einen „Lernprozeß“ ändern lassen und seine Kraft konnte man unter Umständen für die eigenen Ziele gebrauchen. Zu diesem Zwecke konnte notfalls auf eine vermeintliche äußere Übereinstimmung von gesellschaftlichen Zielvorstellungen von Christen und Kommunisten, wie sie etwa die Bergpredigt im Neuen Testament nahelegt, verwiesen werden.

Daher war zum anderen die Politik der KPD gegenüber Kirche und Christen immer auch ein Mittel zum Zweck – nämlich um Bündnispartner und Sympathisanten zu gewinnen, um taktische Ziele zu erreichen oder um das politische Kräfteverhältnis zugunsten der Partei zu verschieben. Stets hatte sich die jeweilige Politik gegenüber den Kirchen der jeweils in der KPD herrschenden politischen Zielstellung unterzuordnen. Daher werden zunächst die zahlreichen Wandlungen in der allgemeinen politischen Strategie der KPD und in ihrer Haltung gegenüber Religion und Kirche kurz vorgestellt. Im übrigen läßt sich beobachten, daß diese teilweise abrupten politischen Richtungswechsel mit kurzen Zeitverschiebungen parallel in ganz Europa bei allen in der „Kommunistischen Internationale“ (Komintern) unter Steuerung Moskaus zusammengeschlossenen nationalen kommunistischen Parteien erfolgten.²

¹ Da es sich um ein Randbereich des Themas handelt, wird für weiterführende Aussagen auf die reichhaltige Literatur verwiesen. Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich auf Fischer: Sowjetische Deutschlandpolitik; Laschitzka: Kämpferische Demokratie, sowie Sywottek: Deutsche Volksdemokratie. Dieses Themengebiet wurde bereits schon einmal in sehr ähnlicher Form dargestellt in: Goerner, Kubina: Die Phasen der Kirchenpolitik.

² Zur Geschichte der Komintern siehe Pirker: Utopie und Mythos. Zum Konzept der Bündnispolitik als

Ihren Zielen, eine „Diktatur des Proletariats“ bzw. ein „Sowjetdeutschland“ zu errichten, hatte die KPD bis 1933 nicht näherkommen können. Im Laufe der zunehmenden Bolschewisierung der Partei bestimmte spätestens seit Mitte der zwanziger Jahre die Sowjetunion durch ihre außenpolitischen Interessen den Kurs der KPD entscheidend mit und legte sie schließlich völlig auf ihre Bedürfnisse fest. Seit ihrem Bestehen hatte die KPD daher immer wieder ihre Strategie revidieren müssen. Auch ihre Haltung zu Religion und Kirche war hiervon betroffen.³

Im Gründungsprogramm der KPD fand das Thema Religion keine Erwähnung, vielmehr wurde hier der Nachdruck auf die revolutionären Umwälzungen in Wirtschaft und Gesellschaft gelegt.⁴ Im Laufe der Weimarer Zeit propagierte die Partei jedoch einen militanten und primitiven Antiklerikalismus und Atheismus, mit dem sie unter anderem die mitgliederstarken proletarischen Freidenkerverbände zu umwerben trachtete.⁵ Das Programm der Komintern, das 1928 auf dem VI. Weltkongreß angenommen wurde, rief – im Hinblick auf das Endziel der Errichtung einer „Diktatur des Proletariats“ durch die kommunistischen Parteien – mit folgenden Worten zum Kampf gegen die Religion auf: „Dieser Kampf muß hartnäckig und systematisch geführt werden. Die proletarische Macht muß jede staatliche Unterstützung der Kirche, die eine Agentur der einst herrschenden Klassen ist, aufheben, jede Einmischung der Kirche in das staatlich organisierte Erziehungs- und Bildungswesen unterbinden und die konterrevolutionäre Tätigkeit kirchlicher Organisationen schonungslos unterdrücken. Die proletarische Macht läßt die Freiheit des Bekenntnisses zu, führt aber gleichzeitig mit allen ihr zugänglichen Mitteln eine antireligiöse Propaganda, vernichtet die Vorzugsstellung der früheren Staatsreligion und gestaltet das ganze Erziehungs- und Bildungswesen auf der Grundlage der wissenschaftlich-materialistischen Weltanschauung um.“⁶

Dieses Zitat enthält die wichtigsten Elemente, aus denen sich – in wechselnder Intensität – die Strategie der KPD und später der SED zu Religion und Kirche zusammensetzte: Das Christentum des Einzelnen durfte vorerst kein Hindernis für seine Parteizugehörigkeit oder seine Teilnahme am „Klassenkampf“ sein, da man alle Kräfte brauchte. Die Religion im allgemeinen war jedoch baldmöglichst und „mit allen [...] Mitteln“ zurückzudrängen. Die Kirche als Organisation dagegen galt es von der Einflußnahme auf eine spätere kommunistisch beherrschte Politik, insbesondere von der auf die Zukunft orientierten Bildungspolitik, fernzuhalten. Schließlich bleibt festzuhalten, „daß mit dem Kampf der Kommunisten

kommunistischer Strategie siehe Kap. VI.3.a.

3 Hermann Weber zählt sieben solcher Kursänderungen in der Zeit zwischen 1929 und 1933. Weber: Die Generallinie der KPD, S. 13.

4 Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands, in: Berthold, Diehl: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S. 107-118.

5 Zu dieser Strategie der KPD und zu dem rasanten Aufschwung der proletarischen Freidenkerverbände in der Weimarer Zeit siehe Kaiser: Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik, sowie Wunderer: Zwischen Konfrontation und taktischer Kooperation. Zum Verhältnis von Arbeiterbewegung und Religion/Kirche siehe u. a. Heimann, Walter: Religiöse Sozialisten und Freidenker. Zur Haltung der KPD gegenüber Religion und Kirche in den Jahren 1933-1945 siehe auch die – allerdings tendenziöse – Dokumentenauswahl in: Auf dem Weg zur gemeinsamen humanistischen Verantwortung, S. 81-136.

6 Programm der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1929, S. 56, zitiert aus dem Vorwort von Hermann Duncker zu Lenin: Über Religion. Aus Artikeln und Briefen, S. 11.

gegen die Kirchen nicht einfach nur diese selbst gemeint waren, sondern der bürgerliche bzw. faschistische Klassengegner getroffen werden sollte.“⁷

Im Sinne dieses Konzepts hatte die KPD schon zu einer Zeit, als sie noch offen feindlich gegenüber der Kirche hervortrat, versucht, die „christlichen Arbeiter“ für sich zu gewinnen. Dies geschah im Rahmen ihrer damaligen Strategie einer Einheitsfront „von unten“. So heißt es beispielsweise in einer Propagandabroschüre der KPD, die anlässlich des Beitritts eines evangelischen Pfarrers in die KPD im Jahre 1931 herausgegeben wurde: „Nicht die religiöse Überzeugung des Einzelnen, nicht die Herumbalgereien über diese Frage ist [sic] das was heute not tut, sondern der Lebenskampf um das Sein oder Nichtsein der großen Masse des Volkes.“⁸

Nachdem die KPD durch die nationalsozialistische Machtergreifung 1933 in die Illegalität und in die völlige politische Isolation gedrängt worden war, war sie gezwungen, ihren Kurs zu ändern. Die vehemente Ablehnung der Sozialdemokraten, von denen sich die KPD ursprünglich abgespalten hatte, wurde von ihr aufgegeben. Diese Feindschaft war auf dem VI. Weltkongreß der Komintern im Jahre 1928 in die Formel gefaßt worden, die als „Sozialfaschismus“ verleumdete Sozialdemokratie und der Faschismus seien „Zwillingsbrüder“. Nun war offensichtlich geworden, daß die KPD durch diese künstliche Feindschaft die Machtergreifung der Nationalsozialisten und damit nicht zuletzt ihren eigenen Untergang mitbefördert hatte.⁹ Auf dem VII. Weltkongreß der Komintern im Jahre 1935 wurde daher die Konzeption der „Volksfront“¹⁰ zum Credo erhoben und der These vom „Sozialfaschismus“ eine Absage erteilt. Die KPD folgte im Oktober des gleichen Jahres auf der sog. „Brüsseler Konferenz“ (die entgegen ihrem Namen bei Moskau stattfand) dieser Richtungsänderung. Die Feindschaft, die die KPD bislang nach allen Seiten provoziert hatte, wurde nun demonstrativ begraben. Kommunisten und Sozialdemokraten sowie alle „bürgerlichen“ und „antifaschistischen“ Kräfte – zu denen man teilweise auch Christen zählte – sollten sich unter kommunistischer Führung zum Kampf gegen den Nationalsozialismus zusammenschließen.

Mit Einführung dieser „Volksfront“-Konzeption ließ die Partei nun ihren militanten Atheismus und die pauschale antiklerikale Propaganda fallen, um sich für potentielle Bündnispartner zu öffnen. In diesem Sinne umwarb auf der Brüsseler Parteikonferenz 1935 das ZK-Mitglied Wilhelm Florin den u. a. in der „Bekennenden Kirche“ zusammengeschlossenen christlichen Widerstand gegen Hitler und sicherte die „Unterstützung des Kampfes der christlichen Massen gegen den Faschismus“ zu.¹¹ In der Resolution der Konferenz wurde u. a. das Recht der Glaubens- und Gewissensfreiheit anerkannt und die

7 Wunderer: Zwischen Konfrontation und taktischer Kooperation, S. 345.

8 Kirche und Kommunismus. Stadtpfarrer Eckert Mannheim kommt zur KPD, S. 21. Pfarrer Eckert gehörte zu den „Religiösen Sozialisten“ (siehe Kap. I.2.c) und war bis zu seinem Übertritt zur KPD Mitglied der SPD. Diese Propagandaoffensive der KPD muß vor dem Hintergrund der Abspaltung der links-sozialdemokratischen „Sozialistischen-Arbeiterpartei“ SAP von der SPD gesehen werden.

9 Zur „Sozialfaschismus“-These und zu den wechselnden Haltungen der KPD zur SPD siehe Weber: Die Generallinie der KPD.

10 Zu den verschiedenen Konzeptionen der kommunistischen Bündnispolitik, die in ihrer theoretischen Begründung neben Lenin auf Georgi Dimitrow zurückgehen, siehe Kap. VI.3.a.

11 Wilhelm Florin: Wie stürzen wir Hitler? Der Weg zur Einheitsfront und zur antifaschistischen Volksfront in Deutschland. Rede und Schlußwort auf der Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands (Oktober 1935), auszugsweise wiedergegeben in: Mammach: Die Brüsseler Konferenz der KPD, S. 243 ff.

Verpflichtung ausgesprochen, für seine Wiederherstellung zu kämpfen.¹² Da die KPD jedoch noch immer auf das politische Spektrum der Weimarer Republik fixiert war und die christlichen Gewerkschaften als wichtigste bündnispolitische Zielgruppe anpeilte, richtete sich ihr Hauptaugenmerk nun auf die katholischen Christen,¹³ so etwa in dem „Offenen Brief des ZK der KPD an alle Katholiken“ vom Juli 1936.¹⁴ Die abrupte Wendung in der Strategie der Partei war der Basis nicht leicht zu vermitteln. Wie tief der Atheismus und der Antiklerikalismus jedoch in der Mentalität der Arbeiterparteien verwurzelt war, macht eine Passage aus der Rede Anton Ackermanns auf der Konferenz deutlich: „In unseren Reihen, bei den Partei- und Jugendgenossen, sind oft noch Widerstände und Hemmungen in bezug auf die Zusammenarbeit mit den werktätigen Jungkatholiken zu finden. Als ein Pfarrer am Schluß einer Aussprache mit uns die Frage stellte, was aus ihnen wird, wenn die Kommunisten die Macht haben, antwortete unser Genosse prompt: Wir werden euch aufhängen.“¹⁵

Mit zunehmender Verschlechterung der Lage der in der Illegalität weiterexistierenden KPD in der Zeit des Nationalsozialismus wich ihre Propaganda nun immer weiter von der ursprünglichen antiklerikalen Position der Partei ab. So wurde im Januar 1939 auf der Berner Konferenz, die in einem Vorort von Paris stattfand, die „persönliche und politische Freiheit für alle Bürger, ohne Unterschied der Herkunft, des Standes, der Rasse und der Religion; volle Glaubens- und Gewissensfreiheit“ gefordert und sogar versichert, daß das „zukünftige Volksfrontdeutschland“, die „neue, demokratische Republik [...] den Schutz des Eigentums der Kirche garantieren“ werde.¹⁶

Nur wenige Monate später, nach Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes im August 1939 wurde der taktische Charakter dieser Aussagen offenbar. Die KPD-Führung im Moskauer Exil rechtfertigte den Schritt Stalins zum Erschrecken vieler deutscher Genossen bedingungslos. Ihre Propaganda richtete sich nun wieder gegen die Sozialdemokratie und die „imperialistischen Kriegstreiber“ England und Frankreich. Erneut hatte sich die Partei ins politische Abseits manövriert. Erst nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Jahre 1941 gelang es der KPD, aus ihrer totalen Isolation im deutschen politischen Spektrum auszubrechen. Im Mai 1943 löste Stalin die „Kommunistische Internationale“ auf. Im Juli des gleichen Jahres folgte die Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (NKFD)¹⁷, das hauptsächlich aus deutschen Kriegsgefangenen bestand und von prominenten deutschen Kommunisten (u. a. dem Schriftsteller Erich Weinert und den Reichstagsabgeordneten Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht) angeführt und politisch kontrolliert wurde.

Jetzt wurde die „Volksfront“-Konzeption aus den Jahren 1935 bis 1939 wieder aufgenommen und nun sogar Deutschnationale und ehemalige Wehrmachtsoffiziere in das „Bündnisangebot“ mit eingeschlossen. Anfangs verfolgte die Sowjetunion das Ziel, durch ein Friedensangebot die deutsche Heeresführung zum Sturz Hitlers zu bewegen. Dazu

12 Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD von 1935, „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen. Für den Sturz der Hitlerdiktatur!“ in: Berthold, Diehl: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S. 129-154, hier S. 146 f.

13 Zur Haltung gegenüber den Katholiken siehe Jansen: Katholiken und Kommunisten.

14 Siehe dazu Vollnhals: Zwischen Kooperation und Konfrontation, S. 479.

15 Mammach: Die Brüsseler Konferenz der KPD, S. 364.

16 Resolution der Berner Konferenz, in: Mammach: Die Berner Konferenz der KPD, S. 136 f.

17 Zum NKFD siehe Heider: Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“; Scheurig: Verrat hinter Stacheldraht? Ders.: Verräter oder Patrioten.

wurde propagiert, daß Deutschland nach dem Krieg eine bürgerlich-demokratische Verfassung erhalten sollte. Als dieses Vorhaben scheiterte, ging es nur noch um die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, auf die sich auch die Westmächte Anfang 1943 in Casablanca verständigt hatten. In seinem „Manifest an die Wehrmacht und an das deutsche Volk“ vom Juli 1943 stellte das NKFD auf ausdrückliche Anweisung Stalins keinerlei sozialistische Forderungen auf, sondern appellierte an den nationalen Selbsterhaltungswillen und versprach nach dem Sturz Hitlers die Errichtung einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie mit allen Freiheiten des Wortes, der Presse, der Organisation, des Gewissens und der Religion.¹⁸ Christen und Pfarrer sollten in die propagandistische Arbeit des Komitees eingebunden werden. Fast ein Jahr nach seiner Gründung wurde auf der 10. Vollsitzung im Juni 1944 ein „Arbeitskreis für kirchliche Fragen“ im NKFD gebildet.¹⁹ Friedrich-Wilhelm Krummacher,²⁰ ehemals NSDAP-Mitglied und nach 1945 Generalsuperintendent in Berlin, ab 1955 Bischof der Pommerschen Kirche, arbeitete neben anderen Pfarrern in diesem Arbeitskreis an leitender Stelle mit.

In seiner Ansprache äußerte sich der Parteivorsitzende der KPD, Wilhelm Pieck, auf der Gründungssitzung des Arbeitskreises zum „Verhältnis von Kommunisten und Christen“ und zur Stellung der christlichen Kirchen in einem zukünftigen deutschen Staat. Kommunisten und Christen vereine das gemeinsame Ziel, „den Raubkrieg Hitlers zu beenden und ein demokratisches Deutschland zu schaffen, wo die demokratischen Rechte des Volkes eine Garantie für Gerechtigkeit, Gewissens- und Glaubensfreiheit und Sicherung des Friedens sein werden.“ Es sei keinesfalls ausgeschlossen, so Pieck, „daß ein Kommunist der Kirche angehören als auch ein Christ Mitglied der Kommunistischen Partei sein kann.“ Die „Gläubigen der katholischen und [der]²¹ evangelischen Kirche“ hätten „zum großen Teil schon unter der Hitlerherrschaft zur Opposition gehört“. Im Nachkriegsdeutschland hätten die Kirchen das Recht, „ihre religiösen Lehren zu verkünden“ und könnten sich „in der Erfüllung ihrer religiösen Aufgaben“ wie jede „antifaschistische Kraft“ frei betätigen, wenn sie „die demokratischen Grundrechte“ achten würden. Die in dieser Formulierung bereits implizit enthaltene Einschränkung der kirchlichen Betätigung auf den kultischen Bereich und Festlegung der Kirchen auf die kommunistische Konzeption von Demokratie und „Antifaschismus“ erhielten nach 1945 eine schwerwiegende Bedeutung.²² Um zu unterstreichen, daß seine Aussagen nicht nur taktisch gemeint waren, zitierte Pieck im folgenden einige Volksfrontbeschlüsse der KPD. Allerdings übergang er in den Zitaten großzügig die damalige Fixierung der KPD auf die Katholiken, indem er in den Beschlüssen jeweils die Worte „Katholiken“ durch „Katholiken und Protestanten“ sowie „katholisch“ durch „kirchengläubig“ ersetzte.²³ Ende September 1944 legten die evangelischen Mit-

18 Scheurig: Verrat hinter Stacheldraht, S. 77 ff, hier S. 80.

19 Siehe dazu Drobisch: Christen, S. 102 ff. und S. 219-248 sowie Scheurig: Verräter oder Patrioten, S. 111-114.

20 Zu Krummacher siehe Besier: Drohungen, Schmähbriefe und Intrigen; ders.: Der SED-Staat und die Kirche, S. 25 f.; Heise: „Ich mache keine Versuche der Selbstrechtfertigung...“ sowie Krummacher: Ruf zur Entscheidung. Zu Krummacher siehe auch Kap. I.1.c, Anm. 99.

21 Einfügung der Herausgeber der Reden Piecks.

22 Siehe Kap. I.2.b und I.2.b.

23 Wilhelm Pieck: Für Zusammenarbeit von Christen und Kommunisten, in: ders.: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VI, S. 265-269; unter Weglassung der falschen Zitate auch in: Drobisch: Christen, S. 233-236.

glieder des Arbeitskreises eine Denkschrift über „Staat und Kirche in Deutschland“ vor.²⁴ Darin wurde u. a. zu den „praktischen Berührungspunkten zwischen Staat und evangelischer Kirche“ Stellung genommen. Die Verfasser sprachen sich der Sache nach für die weitgehende Rückkehr zu den kirchenrechtlichen Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung und die Anerkennung der Kirche als einer Körperschaft öffentlichen Rechts aus.

Ab 1944 gewann die Exil-KPD wieder an eigenständigem Gewicht für die Durchsetzung der Ziele der sowjetischen Außenpolitik. Ein Grund dafür ist darin zu suchen, daß das NKFD die Hoffnungen auf eine Ausweitung des Widerstandes in Deutschland oder gar auf einen Umsturz nicht zu erfüllen vermochte. Im Oktober 1944 stellte die Partei ihr „Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie“²⁵ auf, das als ein gesellschaftspolitisches Minimalprogramm für das geplante Nachkriegsdeutschland gedacht war und den von der Sowjetunion angestrebten Aufbau einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ in Deutschland vorbereiten sollte. In hohem Maße war dieses Programm von außenpolitischen Rücksichtnahmen auf die westlichen Partner der Anti-Hitler-Koalition, auf die die Sowjetunion im Jahre 1944 noch dringend angewiesen war, bestimmt. Welche Absichten jedoch dahinter verfolgt wurden, machte Pieck seinen Genossen klar, als er sie anwies, „die demokratische Umwälzung für die Zwecke des weiteren erfolgreichen Kampfes des Proletariats für den Sozialismus in denkbar bester Weise auszunutzen.“²⁶ Nach dem Aufbau der KPD als Massenpartei sollten für alle Schichten der deutschen Bevölkerung „antifaschistische Kampforganisationen“ geschaffen werden, die dann im „Block“ politisch von der KPD kontrolliert werden konnten. Ulbricht schwebte dabei auch eine Organisation für die Katholiken vor. Auf keinen Fall sollte damit jedoch eine Partei wie etwa die Weimarer Zentrums-Partei wiedererstehen.²⁷

Nachdem deutlich geworden war, daß Deutschland vollständig besetzt werden würde, planten die Sowjets nicht mehr die sofortige Einrichtung einer deutschen politischen Zentralrepräsentanz. Im März 1945 erklärte Pieck das „Aktionsprogramm“ für überholt.²⁸ Eine Kommission erarbeitete kurzfristig bis Anfang April 1945 „Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet“.²⁹ Die hier festgelegten Maßnahmen waren darauf gerichtet, die Verwaltung des Besatzungsgebietes und seine Entnazifizierung im weitesten Sinne zu regeln. Dies sollte in der Weise geschehen, daß den deutschen Kommunisten ein organisatorischer und logistischer Vorsprung vor den anderen politischen Kräften ermöglicht wurde. Ulbricht war in dieser Situation sogar bereit, Christen in die KPD zu integrieren. Das religiöse Bekenntnis sollte für die Parteimitgliedschaft keine Rolle spielen. Sorgen bereiteten Ulbricht eher die ehemaligen SPD-Mitglieder.³⁰ Diese Richtlinien bildeten die Grundlage für das Wirken der

24 Gekürzte Fassung in: Drobisch: Christen, S. 253-262.

25 Veröffentlicht in: Laschitzka: Kämpferische Demokratie, S. 193-196. Die programmatischen Planungen zur Gestaltung der politisch-gesellschaftlichen Ordnung und zur Rolle der KPD in Deutschland nach dem Kriege werden anhand neuerer Dokumente dargestellt von Erler, Laude, Wilke: „Nach Hitler kommen wir“. Zum Aktionsprogramm und seinem Zustandekommen siehe insbes. S. 89-99 sowie die Dokumente 26-31.

26 Fischer: Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 104.

27 Ebenda, S. 88.

28 Ebenda, S. 138.

29 Wiedergegeben bei Laschitzka: Zwei Dokumente der KPD. S. auch Seidel: „Neubeginn“ in der Kirche, S. 37 f.

30 Fischer: Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 142 ff.

kommunistischen Initiativgruppen, die Ende April/Anfang Mai 1945 nach Deutschland geschickt wurden.

b. Die sowjetische Politik gegenüber Religion und Kirche

Das Wirken der KPD und ab 1946 der SED in der SBZ und in der späteren DDR muß bis weit in die fünfziger Jahre hinein im engen Bezug zu den vielfältigen Anweisungen aus Moskau gesehen werden, wie noch im einzelnen zu belegen sein wird. Auch für die Zeit danach bleibt eine Analyse der SED-Politik ohne einen Blick auf die Intentionen Moskaus unvollständig. Im Hinblick auf die Kirchenpolitik muß daher gefragt werden, wie in der Sowjetunion mit Religion und Kirche umgegangen wurde. Bei der Beurteilung des Stellenwerts dieser Politik für das Vorgehen der SED und selbst für die kirchenpolitischen Vorgaben aus Moskau ist jedoch Zurückhaltung geboten. Die Sowjets wußten sehr wohl um die Besonderheiten der Kirchen auf deutschem Boden und maßen außerdem – gerade im ersten Jahrzehnt nach dem Kriege – der Kirchenpolitik eine besondere Rolle in ihrem deutschlandpolitischen Konzept zu,³¹ weshalb nicht davon auszugehen ist, daß sie auf kirchenpolitischem Gebiet eine mechanische Übertragung der sowjetischen Verhältnisse auf die SBZ/DDR vornahmen.

Sie hatten auch erkannt, daß die SBZ/DDR der einzige Staat im sowjetischen Machtbereich war, wo der gesellschaftliche Umbau auf einem Boden erfolgte, der von protestantischer Tradition geprägt war. In der Sowjetunion war dagegen ursprünglich die Russisch-Orthodoxe Kirche majoritär gewesen, die sich vom Protestantismus nicht nur durch ihre strenge Hierarchie, ihre starke Beschränkung auf das Kultische und ein vergleichsweise geringes soziales und gesellschaftliches Engagement unterschied, sondern auch traditionell staatsnah ausgerichtet war. Dies fand nicht zuletzt in der Liturgie seinen Ausdruck, zu deren Bestandteilen stets das Lob des jeweiligen Herrschers gehörte. Der Anspruch auf kritische Mitsprache in der politischen Öffentlichkeit, der von den evangelischen Kirchen in Deutschland mit Vehemenz verfochten wurde, war im russisch-orthodoxen Bereich dagegen deutlich geringer ausgeprägt. Die folgenden Ausführungen beziehen sich in erster Linie auf die Russisch-Orthodoxe Kirche, gelten jedoch hinsichtlich der Repressionsphasen mit geringen Abweichungen auch für die anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion.

Grundsätzlich läßt sich in der Politik der KPdSU-Führung gegenüber Religion und Kirche ein ähnlicher Zielkonflikt wie in der Kirchenpolitik der SED ausmachen: Einerseits war die kommunistische Partei aus ideologischen Gründen entschlossen, Religion und Kirche langfristig zu beseitigen. Dabei durfte sie jedoch nicht allzu militant vorgehen, um eine Abdrängung der Kirche in den Untergrund zu verhindern, die jede Einflußnahme ausgeschlossen hätte. Außerdem versuchte die sowjetische Religionspolitik mit viel Erfolg, die Glaubensgemeinschaften in den Dienst der sowjetischen Politik, insbesondere der Außenpolitik, einzuspannen. Die unterschiedliche Gewichtung dieser teilweise gegensätzlichen Ziele in verschiedenen politischen Situationen führte zu abwechselnden Phasen des Terrors und einer relativen Entspannung. Obwohl die Religion als gesellschaftliches Randphänomen galt, wurde ihr jedoch erhebliche Bedeutung beigemessen und ein umfangreicher Verwaltungsapparat zur Kontrolle der kirchlichen Aktivität aufgebaut sowie ein riesiger Propagandaaufwand zur Verbreitung des Atheismus betrieben.³²

31 Siehe Kap. I.2.b.

32 Zum Thema Kirche in der UdSSR existiert eine reichhaltige Literatur, die sich aber leider zum über-

Die Zeit von der Oktoberrevolution bis zum Jahre 1927 läßt sich mit Kischkowsky als „Politik der Schwächung“³³ bezeichnen. Diese Phase der Religionspolitik war vom Kampf der Bolschewiki gegen die ehemalige orthodoxe Staatskirche und durch ihre Ausschaltung aus allen öffentlichen Funktionen geprägt. Die Kirche selbst wurde in diesem Zeitraum aber in ihrem Bestand noch nicht entscheidend dezimiert. Der Kampf gegen Kirche und Christentum setzte bereits unmittelbar nach der Revolution mit ersten Enteignungen des kirchlichen Besitzes an Land und Gebäuden im Dezember 1917 ein. In einem Dekret vom Januar 1918 wurde unter dem Vorwand der „Gewissensfreiheit“ die Kirche von Staat und Schule getrennt, ihr wurde aber die Freiheit für Kulthandlungen formal zugestanden. Das kirchliche Vermögen wurde zum „Nationaleigentum“ erklärt und damit faktisch beschlagnahmt. Die Kirchengebäude wurden von nun an der Kirche „zur kostenlosen Nutzung überlassen“ – eine Regelung, die jede Möglichkeit zur Willkür bot. Außerdem wurde den Kirchen der Status von juristischen Personen und damit auch das Recht auf Eigentum aberkannt und die Religion folglich zur Privatangelegenheit erklärt. Jegliche soziale, pädagogische, karitative, gesellschaftliche oder missionarische Tätigkeit wurde untersagt, auch die Abhaltung von Religionsunterricht.³⁴ Die erste sowjetische Verfassung übernahm diese Grundsätze sinngemäß.³⁵

Da sich die Kirche im Bürgerkrieg von 1918 bis 1921 auf die Seite der „Weißen“ stellte, wurde gegen sie eine Verfolgungskampagne entfacht, in deren Verlauf der Patriarch verhaftet, zahlreiche weitere Geistliche verhaftet und erschossen sowie Kirchen und Klöster geschlossen und verwüstet wurden. Auch in der sich anschließenden relativ liberalen Phase der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NEP) hielt die Härte gegen die Kirche an. Seit Februar 1922 betrieb der „Verband der kämpfenden Gottlosen“ mit entsprechenden grobschlächtigen Zeitungen und Zeitschriften eine militant antireligiöse „wissenschaftliche Aufklärung“, die mit einer allgemeinen Ächtung der Religion in der Gesellschaft einherging.

In der Zeit der Inhaftierung des Patriarchen vom Mai 1922 bis zum Juni 1923 spaltete sich die Russisch-Orthodoxe Kirche. Die sogenannten „Erneuerer“ können als eine frühe Form von „fortschrittlichen Kräften“ in der Kirche gelten. Sie gründeten eine eigene Zeitschrift „Lebendige Kirche“, die ihrer Bewegung den Namen gab, erklärten die offizielle Geistlichkeit in einem offenen Brief für „konterrevolutionär“ und wurden zu einem gefügigen Werkzeug der Sowjetmacht, die ihnen Unterstützung gewährte, während die Kirchen der übrigen Geistlichen geschlossen wurden. Auf einem Konzil im April 1923 gelang es ihnen sogar, den Patriarchen in Abwesenheit abzusetzen. Trotzdem blieben die „Erneuerer“ eine Minderheit gegenüber der alten Kirche, zumal sie sich schnell untereinander zerstritten. Der Patriarch erklärte nach seiner Entlassung aus der Haft kurz vor seinem

wiegenden Teil weniger mit der Kirchenpolitik als vielmehr mit der Kirche selbst beschäftigt. Auf der Basis neuerer Quellen waren – zumindest im deutschsprachigen und im angelsächsischen Bereich – noch keine Untersuchungen verfügbar. Für die vorliegende Darstellung wurden herangezogen: Kischkowsky: Die sowjetische Religionspolitik; Kolarz: Religion in the Soviet Union; Konstantinow: Die Kirche in der Sowjetunion, insbes. S. 13-42; Lane: Christian Religion in the Soviet Union; Lowrie, Fletcher: Khrushchev's Religious Policy; Luchterhand: Der Sowjetstaat und die Russisch-Orthodoxe Kirche; ders.: Die Religionsgesetzgebung in der Sowjetunion; Struve: Die Christen in der UdSSR.

33 Die im folgenden dargestellte Phaseneinteilung orientiert sich an Kischkowsky: Die sowjetische Religionspolitik. Zur „Politik der Schwächung“ siehe ebenda, S. 25.

34 „Dekret des Sowjets der Volkskommissare über die Trennung von Kirche und Staat sowie von Schule und Kirche“ vom 23. 1. 1918, wiedergegeben in: Struve: Die Christen in der UdSSR, S. 461 f.

35 Siehe dazu ebenda, S. 29 sowie Konstantinow: Die Kirche in der Sowjetunion, S. 17.

Tode seine Loyalität zur Sowjetmacht und konnte damit um den Preis einer Unterordnung der gesamten Kirche die Spaltungsbewegung vorerst stoppen.

Nachdem Stalin die Alleinherrschaft errungen hatte, begann in den Jahren 1927/28 nahezu zeitgleich mit der Zwangskollektivierung und dem Vorgehen gegen die „abweichlerische“ Intelligenz eine „Vernichtungspolitik“³⁶ gegen die Kirche, die bis zum Jahre 1939 andauerte und durch einen frontalen Feldzug gegen alle Glaubensgemeinschaften gekennzeichnet war. Nun erst kam es zu einer beinahe vollständigen Zerstörung der institutionalisierten Kirchen und Religionsgemeinschaften bis hin zum Abbruch vieler auch kunsthistorisch wertvoller Kirchen und der Vernichtung kostbarer Ikonen und anderer Kirchenschätze.

Eine erneute Loyalitätserklärung des Metropoliten Sergius, der kurz zuvor aus der Lagerhaft entlassen worden war, die sogenannte „Botschaft an die Hirten und die Herde“ vom 29. Juli 1927, brachte der Kirche keinen praktischen Nutzen,³⁷ sondern führte zu einer neuen Spaltung der Kirche, da eine Reihe von Bischöfen und Gemeinden die Beziehungen zu Sergius abbrachen, in den Untergrund gingen und eine „Katakombenkirche“ neben der offiziellen Kirche bildeten.³⁸ Der Terror dauerte mit unverminderter Intensität an und richtete sich nun auch gegen Vertreter der „loyalen“ kirchlichen Richtung, deren Gotteshäuser ebenfalls von einer Massenschließungs- und Zerstörungskampagne im Jahre 1928 betroffen waren. Die faktische Rechtlosigkeit der Religionsgemeinschaften wurde am 8. April 1929 durch ein umfangreiches restriktives Dekret festgelegt, das 1936 sinngemäß von Stalins Verfassung bestätigt wurde.³⁹

Der erste Fünfjahrplan von 1929 bis 1932 hatte neben seinen wirtschaftlichen Zielen auch die Forcierung der atheistischen Propaganda auf seine Fahnen geschrieben. Ein Moskauer Kongreß der atheistischen Vereinigungen im Juni 1929 hatte dies zusätzlich herausgestellt. Kurz darauf unternahm der Sowjetstaat weitere Vorstöße. Nun wurde der Sonntag als Ruhetag abgeschafft und den Geistlichen die bürgerlichen Rechte aberkannt, die damit auch ihr Anrecht auf Lebensmittelkarten verloren. Der Geheimdienst GPU (1934 in NKWD, 1953 in KGB umbenannt) registrierte mittlerweile ohnehin die verbleibenden Gottesdienstbesucher und übte Druck auf sie aus.

Etwa zeitgleich mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges und dem Hitler-Stalin-Pakt vollzog die KPdSU im Jahre 1939 eine radikale Wendung in ihrer Kirchenpolitik, weg vom Terror und hin zu einer „Politik der Ausnutzung“,⁴⁰ die auch nach dem Kriege mit einer kurzen Unterbrechung im Jahre 1954 im wesentlichen bis 1958 fort dauerte. Diese Wende manifestierte sich zunächst nicht durch offizielle staatliche Schritte, sondern durch eine Reihe inoffizieller Maßnahmen, die auf eine Rücknahme der bisherigen Repressionen hinausliefen. In der Kriegssituation, die mit der Besetzung der polnischen Ostgebiete und im Jahr darauf der baltischen Staaten durch die Sowjetunion zunächst an der Peripherie begann und durch den deutschen Überfall im Juni 1941 in das Land hineingetragen wurde,

36 Kischkowsky: Die sowjetische Religionspolitik, S. 49.

37 Der Text ist auszugsweise veröffentlicht in: Ebenda, S. 52-54. Siehe dazu auch Struve: Die Christen in der UdSSR, S. 47.

38 Konstantinow: Die Kirche in der Sowjetunion, S. 60.

39 „Dekret des zentralen Exekutivkomitees für ganz Rußland und des Sowjets der Volkskommissare über die Religionsgemeinschaften“ vom 8. 4. 1929, wiedergegeben in: Struve: Die Christen in der UdSSR, S. 462-476. Kommentar ebenda, S. 50-57. Siehe dazu auch Kischkowsky: Die sowjetische Religionspolitik, S. 59 f. Zur Stalinschen Verfassung von 1936 siehe ebenda, S. 62 f.

40 Ebenda, S. 69.

sollte die Kirche für die Beschaffung von Akklamation und zur Mobilisierung der Bevölkerung instrumentalisiert werden und auf diese Weise zur Absicherung des Regimes nach innen beitragen. Dies gelang insofern relativ problemlos, als sich die Orthodoxe Kirche auch früher in Zeiten der Not und der Bedrohung von außen in den Dienst des Staates gestellt hatte. Schon am Tage nach dem deutschen Überfall rief der Metropolit Sergius in einem Sendschreiben vom 22. Juni 1941 die Gläubigen zu einem „heiligen Kampf“ gegen die Eindringlinge auf⁴¹ und hielt Gottesdienste „für den Sieg der russischen Krieger“ ab.⁴² In den Kirchen wurde für die Aufstellung einer Panzerkolonne gesammelt und Militärmaschinen warfen über den von deutschen Truppen besetzten Gebieten Flugblätter mit Aufrufen der Metropoliten zur Verstärkung der Partisanentätigkeit ab.

Ihren Höhepunkt erreichte diese Phase, als der Metropolit Sergius im November 1942 in einer Grußbotschaft zum 25. Jahrestag der Revolution Stalin als den „von Gott gewählten Führer aller unserer militärischen und kulturellen Kräfte“ bezeichnete und damit die ostkirchliche Tradition des liturgischen Herrscherlobes nahtlos auf das atheistische Sowjetregime übertrug.⁴³ Daraufhin empfing Stalin am 4. September 1943 die Metropoliten von Moskau, Leningrad und Kiew und besiegelte damit eine inoffizielle Union, ein „stilles Konkordat“, zwischen einem Teil der Kirche und der Diktatur.⁴⁴ Bereits die Heranziehung der Kirche für die Unterstützung im Kriege hatte ihre indirekte Anerkennung als geistige Macht und gesellschaftlichen Einflußfaktor bedeutet. Der Sowjetstaat hatte sich anscheinend – vorübergehend – damit abgefunden, daß die Kirche zunächst weiterexistieren würde. Der „loyale“ Metropolit Sergius wurde wenige Tage nach dieser Begegnung auf einem Phantom-Konzil aus Bischöfen, die teilweise eigens dazu aus der Verbannung zusammengestellt worden waren, am 8. September 1943 zum Patriarchen gewählt. Die Kirche hatte sich – gezwungenermaßen – für den Gewinn eines geringen und ungesicherten Freiraumes in die völlige Abhängigkeit von der Diktatur begeben.

Die Erleichterungen, die ihr der Sowjetstaat nun gewährte, betrafen in erster Linie die Wiedereröffnung zahlreicher Kirchen, die Entlassung von Priestern und Bischöfen aus Gefängnissen und Lagerhaft, die Wiedererrichtung mehrerer theologischer Lehranstalten, die Rückgabe von geraubten kirchlichen Kunstgegenständen, die Druckerlaubnis für ein bescheidenes Schrifttum, der Wiederaufbau einer beschränkten kirchlichen Verwaltung sowie mehr Bewegungsfreiheit bei Verkündigung und Unterricht. Selbst das Glockengeläut wurde wieder gestattet. Nun erging auch eine Weisung, daß atheistische Propaganda in Zukunft unerwünscht sei und der Gottlosenverband wurde aufgelöst.

Knapp einen Monat später, am 8. Oktober 1943, wurde ein „Rat für die Angelegenheiten der orthodoxen Kirche“ beim Ministerrat geschaffen, ein spezielles Organ, das die Staat-Kirche-Beziehungen in administrativer Hinsicht regeln sollte.⁴⁵ Damit hatte die Sowjetmacht zwar einerseits der Kirche eine Existenzmöglichkeit eingeräumt, wengleich ohne jede Rechtsgrundlage, sich aber andererseits eine weitgehende Kontroll- und Einflußmöglichkeit geschaffen, denn alle kirchlichen Aktivitäten bis hin zur Weihe eines Bischofs mußten vom Rat genehmigt werden.

41 Ebenda, S. 75

42 Ebenda, S. 76.

43 Struve: Die Christen in der UdSSR, S. 70.

44 Zu dieser Begegnung siehe Kischkowsky: Die sowjetische Religionspolitik, S. 80 f. sowie Konstantinow: Die Kirche in der Sowjetunion, S. 29 f.

45 Zur Funktion dieses Rates siehe Kischkowsky: Die sowjetische Religionspolitik, S. 81 f.

Nach dem Kriege erfreute sich die Kirche zunächst weiter ihrer Vergünstigungen, verblieb aber in ihrer völligen Rechtlosigkeit und Abhängigkeit von der Regierung. In dieser Zeit erfolgte ein beachtlicher zahlenmäßiger Aufschwung der Religiosität in der Sowjetunion, der von der Orthodoxen Kirche als „Wiedergeburt“⁴⁶ bezeichnet wird. Das Sowjetregime reagierte auf diese Entwicklung mit der Wiedereinführung der atheistischen Propaganda. Schon im September 1944 war erneut eine Verordnung über die „wissenschaftlich-atheistische Propaganda“ erlassen worden, und 1947 wurde in Moskau eine „Gesellschaft zur Förderung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse in der Sowjetunion“ gegründet – praktisch eine Neuauflage des alten Gottlosenverbandes aus den 20er Jahren.⁴⁷

Trotzdem wurde die Kirche zugleich weiterhin politisch in den Dienst genommen. In der Nachkriegssituation nutzten sie die Sowjets als außenpolitisches Einflußinstrument insbesondere auf die orthodoxen Kirchen in Osteuropa, aber auch im Nahen Osten. Zu diesem Zwecke begann der Patriarch gleich nach dem Kriege eine intensive Reisediplomatie. Daneben wurde die Kirche insbesondere nach Gründung des „Weltfriedensrates“ im Juli 1948, in welchem die Russisch-Orthodoxe Kirche einen entscheidenden Einfluß besaß, für die außenpolitische Propaganda instrumentalisiert. Dieses Verhältnis der begrenzten taktischen Toleranz gegenüber der Kirche bei gleichzeitiger politischer Indienstnahme bildete den Hintergrund sowohl für die Einbeziehung von Christen in das „Nationalkomitee Freies Deutschland“⁴⁸ als auch für die Versuche einer taktischen Integration von Christen und Kirchen in der SBZ nach dem Kriege⁴⁹ sowie für die deutschlandpolitischen Instrumentalisierungsversuche der frühen fünfziger Jahre.⁵⁰

Die relativ liberale Phase seit 1939 wurde kurzzeitig unterbrochen durch eine antireligiöse und militant atheistische „Hundert-Tage-Kampagne“ von Juli bis November 1954, die von zeitgenössischen Beobachtern auf die instabilen Machtverhältnisse im Kreml in dieser Zeit zurückgeführt wird.⁵¹ Dieser Einschnitt in der sowjetischen Kirchenpolitik ist insbesondere deswegen interessant, als er nach den Anweisungen zum „Neuen Kurs“ im Juni 1953, die eher die Linie der politischen Indienstnahme der Kirchen fortsetzen, der erneuten Verhärtung der kirchenpolitischen Situation in der DDR seit 1955⁵² unmittelbar vorangeht. Bereits im März 1954 gab die KPdSU über die Parteimedien das Signal zur Wiederaufnahme des bislang aus taktischen Gründen eher zurückhaltend geführten Kirchenkampfes.⁵³ Am 24. Juli 1954 wurde in einem Leitartikel in der *Prawda* zur „breiteren

46 Konstantinow: Die Kirche in der Sowjetunion, S. 43-49.

47 Kischkowsky: Die sowjetische Religionspolitik, S. 105 f.

48 Siehe Kap. I.1.a.

49 Siehe Kap. I.2.b und I.2.b.

50 Siehe Kap. I.3.d.

51 Lowrie, Fletcher: Khrushchev's Religious Policy, S. 131. Siehe dazu auch Kischkowsky: Die sowjetische Religionspolitik, S. 109-112.

52 Siehe Kap. V.2.

53 Dies geht aus zeitgenössischen Pressemeldungen hervor, die hierbei die sowjetische Parteizeitschrift „Kommunist“ angeben. Siehe dazu: Bruno Kalinis: Moskau schaltet wieder um. Mildere Methoden der Kirchenverfolgung, in: *Telegraf*, 9. 9. 1954; Moskau tadelt kirchenfeindliche Propaganda. ZK der KPdSU kritisiert Unhöflichkeiten des Tones – „Kampf nur auf wissenschaftlicher Basis“, in: *Neue Zeitung*, 12. 11. 1954; Alexander Korab: Was bedeutet Chruschtschows Religionsedikt? Von der „antireligiösen“ zur „wissenschaftlich-atheistischen“ Propaganda, in: *Neue Zeitung*, 17. 11. 1954; sowie Schalldämpfer eingebaut. Nikita Chruschtschows Sprachregelung für den Kirchenkampf, in: *Die Welt*, 19. 11. 1954. In den Ausgaben des „Kommunist“ von Februar bis April 1954 konnte allerdings kein derartiger Artikel

Entfaltung der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda“ und zum „unversöhnlichen Kampf“ gegen die Religion als „eine[m] der lebensfähigsten und schädlichsten Überbleibsel des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen“ aufgerufen. „Die religiösen Vorurteile“, so der Text, „vergiften immer noch Teile unseres Volkes und hindern die Menschen, aktiv am Aufbau des Kommunismus teilzunehmen.“ Die Parteiorganisationen, die Gewerkschaften, der Komsomol sowie die Presse hätten es versäumt, „wissenschaftlich-atheistische[] Propaganda“ durchzuführen bzw. hätten dies „unpopulär“ und „in einer schweren und unverständlichen Sprache“ getan oder dabei den notwendigen „militante[n], aggressive[n] Charakter“ vermissen lassen.⁵⁴ Offenbar entfalteten die gemäßregelten Institutionen daraufhin einen allzu aggressiven Eifer, denn am 10. November 1954 erließ das ZK der KPdSU eine Verfügung „über die Fehler bei der Durchführung der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda“.⁵⁵ Neben einer erneuten breiten Erörterung des „unwissenschaftlichen“ Charakters der Religion wurde darin angeordnet, die atheistische Kampagne gegen die „religiöse Weltanschauung“ zwar weiterzuführen, allerdings geschickter und durch weniger repressive Methoden als zuvor sowie ohne „die Gefühle der Gläubigen“ zu verletzen. Diese „grobe[n] Fehler“ der bisherigen Propaganda hätten „ernsten Schaden in der Erziehungs-, Kultur- und Aufklärungsarbeit“ verursacht und „zur Befestigung und sogar zur Verstärkung [der] religiösen Vorurteile“ geführt. Daher dürften in Zukunft „keine administrativen Eingriffe in die Tätigkeit der Kirche zugelassen werden“. In Zukunft solle „eine tiefgehende, geduldige, sachkundig durchgeführte wissenschaftlich-atheistische Propaganda“ den Gläubigen „helfen, sich von den religiösen Verwirrungen zu befreien.“⁵⁶

Diese Verschärfung des Kirchenkampfes blieb jedoch zunächst nur eine Episode. Die Jahre 1955/56 waren bereits wieder von einem neuen religiösen Aufschwung, einer „religiösen NEP“, sowie einer Weiterführung der „Politik der Ausnutzung“ geprägt.⁵⁷ Erst mit der Festigung der Alleinherrschaft Chruschtschows nach der Ausschaltung Bulganins als Ministerratsvorsitzendem im März 1958 erfolgte zugleich mit der außenpolitischen Initiative der Sowjets, die sich unter anderem in der beginnenden Berlin-Krise niederschlug, auch eine neue Kirchenverfolgung.⁵⁸ Diesen Umschwung hatte die „Hundert-Tage-Kampagne“ von Juli bis November 1954 in gewisser Weise bereits vorausgenommen. Im Sinne dieser Politik wurde am 10. Januar 1960 in der Prawda eine Verordnung „Über die Aufgaben der Parteipropaganda unter den heutigen Umständen“ erlassen.⁵⁹ Die Kirche wurde nun erneut in den Untergrund gedrängt und die atheistische Propaganda wieder verstärkt. Jetzt gingen die Sowjets sogar wieder mit offenen Zwangs- und Repressionsmaßnahmen gegen sie vor. Erst nach der Ablösung Chruschtschows im Oktober 1964 wurde diese Politik gemäßig.

ermittelt werden. Es ist jedoch möglich, daß solche Signale in anderen Parteizeitschriften übermittelt wurden.

54 „Breitere Entfaltung der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda“, Prawda, 24. 7. 1954, zit. n. Jeremias: Die Jugendweihe in der Sowjetzone, S. 35-37.

55 Erstmals veröffentlicht in der Prawda, 11. 11. 1954. Die folgenden Zitate stammen aus der davon leicht abweichenden Übersetzung bei Jeremias: Die Jugendweihe in der Sowjetzone, S. 38-41.

56 Ebenda.

57 Kischkowsky: Die sowjetische Religionspolitik, S. 132.

58 Siehe dazu Lowrie, Fletcher: Khrushchev's Religious Policy, insbes. S. 135-143, sowie Kischkowsky: Die sowjetische Religionspolitik, S. 113-167.

59 Kischkowsky: Die sowjetische Religionspolitik, S. 133 f.

c. Die Rolle der SMAD/SKK für die Kirchenpolitik der KPD/SED

In den Jahren nach dem Kriege war die KPD/SED nicht nur von den Weisungen der Moskauer Parteiführung abhängig, sondern hatte auch die offiziellen und inoffiziellen Anordnungen der „Sowjetischen Militäradministration in Deutschland“ (SMAD) zu beachten. Nach Gründung der DDR im Oktober 1949 wurde sie in die – im wesentlichen funktionsgleiche – „Sowjetische Kontrollkommission“ (SKK) umgewandelt und im Zuge des „Neuen Kurses“ Ende Mai 1953 aufgelöst. Da dieses sowjetische Kontrollorgan als direktes Bindeglied zur KPdSU-Parteiführung in Moskau fungierte, hatte es eminente Bedeutung für die gesamte Politik in der DDR. Sein Einfluß ist auch für die Kirchenpolitik der KPD/SED in der Zeit bis zum „Neuen Kurs“ nicht zu unterschätzen.

Die Akten der SMAD/SKK sind bislang nicht zugänglich. Beide Apparate, vor allem die SKK, sind daher in weiten Teilen noch nicht erforscht.⁶⁰ Darstellungen der Kirchenpolitik von SMAD/SKK und KPD/SED in dieser Zeit sind folglich auf Rückschlüsse aus Indizien angewiesen. Auch die auf einem reichen Materialbestand beruhende umfangreiche Studie von Seidel⁶¹ wählt diese Vorgehensweise. Clemens Vollnhals benennt einige weitere Momente der kirchenpolitischen Konzeption der SMAD im alliierten Kontext.⁶² Auf beide Darstellungen stützen sich – neben der grundlegenden Literatur – die folgenden Ausführungen.

Die Grundzüge der alliierten Kirchenpolitik wurden von Vertretern der USA, Großbritannien und der Sowjetunion 1944 in der „European Advisory Commission“ (EAC)⁶³ erarbeitet. Die EAC-Direktive Nr. 12 von Ende 1944,⁶⁴ die maßgeblich auf amerikanische Vorarbeiten zurückgeht, regelte alle wesentlichen, die Kirchen im Nachkriegsdeutschland betreffenden Fragen. Sie strebte keine Neuregelung an, sondern zielte auf die Wiederherstellung des kirchlichen Lebens, wie es vor 1933 bestanden hatte und öffnete den Kirchen einen relativ großen Freiraum. Sie sollten ihre inneren Verhältnisse selbst regeln können. Auch die Wiederherstellung ihrer früheren gesellschaftlichen Mitspracherechte wurde ihnen zugesichert. Der Religionsunterricht und das Betreiben von Konfessionsschulen sollte Angelegenheit der Kirchen bleiben. Allerdings wurde die Zulassung kirchlicher Jugend-, Sport- und Wohlfahrtsverbände sowie die Entscheidung über die Zahlung der Staatsleistungen an die Kirchen und die Erhebung von Kirchensteuern den Zonenbefehlshabern überlassen.

Im Alliierten Kontrollrat in Berlin arbeitete dann das „Allied Religious Affairs Committee“ (ARAC) ab August 1945 auf der Basis der erwähnten EAC-Direktive für alle vier Besatzungszonen verbindliche Leitlinien für die Kirchenpolitik aus. Dieses Gremium besaß jedoch selbst keine Entscheidungsbefugnisse. Hier traten bald die Differenzen zwischen den

60 Zur SMAD siehe Strunk: Die sowjetische Militäradministration, S. 143-176, zum Forschungsstand insbes. S. 143-147; Foitzik: Befehls- und Kommunikationsstruktur; ders.: Sowjetische Militäradministration, zum Forschungsstand S. 64-69; ders.: Die Sowjetische Militäradministration. Der Forschungsstand zur SKK ist noch dürftiger als zur SMAD. Erste Ansätze bietet Otto: Zur Rolle der Sowjetischen Kontrollkommission.

61 Seidel: „Neubeginn“ in der Kirche?

62 Vollnhals: Zwischen Kooperation und Konfrontation, S. 482-485.

63 Zur EAC siehe Kowalski: Die „European Advisory Commission“.

64 Ein Richtlinienentwurf vom 24. 11. 1944, der mit der gebilligten EAC-Direktive Nr. 12 und mit der amerikanischen JCS 1143 identisch ist, ist abgedruckt bei: Boyens: Die Kirchenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht, S. 68 f.

Alliierten in Erscheinung, weil die sowjetische Delegation unter Oberstleutnant Machukin und Leutnant Jermolajew von Anfang an auf die strikte Trennung von Staat und Kirche drängte. Während in der Frage des Schulwesens noch eine Einigung erzielt werden konnte und der Religionsunterricht in die Zuständigkeit der Religionsgemeinschaften gestellt wurde, blieben die Fragen der Kirchensteuererhebung, der Zahlung der Staatsleistungen an die Kirchen und der Zulassung von kirchlichen Jugendverbänden strittig. Schnell wurde deutlich, daß die Sowjets eine langfristige und nachhaltige Schwächung des gesellschaftlichen Einflusses der Kirchen anstrebten.⁶⁵ Vor allem sollten die Kirchen aus dem Erziehungs- und Bildungssektor verdrängt und auf den religiös-kultischen Bereich beschränkt werden. Im Gegensatz dazu beabsichtigten die westlichen Alliierten eine wohlwollende Förderung aller kirchlichen Aktivitäten. Im März 1948 verließen die Sowjets schließlich den Alliierten Kontrollrat und beendeten damit einseitig die Zusammenarbeit.

Zunächst ließ jedoch die SMAD den Kirchen in der SBZ erstaunliche Freiräume. So war ihnen beispielsweise als einzigem gesellschaftlichen Großverband die Überprüfung und Entnazifizierung ihrer Mitarbeiter selbst überlassen.⁶⁶ Demgemäß wurde das Wirken der SMAD-Vertreter bis etwa zum Jahre 1947 – im Gegensatz zur Kirchenpolitik der KPD/SED – auch von kirchlicher Seite wiederholt sehr positiv eingeschätzt.⁶⁷ Als Entgegenkommen wurde auch die Einrichtung eines „Beirats für kirchliche Angelegenheiten“ beim Berliner Magistrat, besetzt mit Propst Grüber und dem katholischen Gefängnis-seelsorger Peter Buchholz, gewertet.⁶⁸ Wiederholt wandten sich hochrangige Kirchenvertreter an sowjetische Stellen, um Schutz und Rückendeckung gegenüber der SED bzw. lokalen Verwaltungen zu erhalten – teilweise mit Erfolg. In Anlehnung an Seidel⁶⁹ lassen sich folgende Begründungen für diese anfängliche Toleranz gegenüber den Kirchen anführen:

1. Die Sowjets sahen in den Kirchen einen Sammelpunkt des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Verschiedene Persönlichkeiten der evangelischen Kirche, die nach Kriegsende leitende Funktionen übernahmen, hatten in der NS-Zeit auf Seiten des Widerstandes gestanden und dafür teilweise erhebliche Opfer gebracht, was ihnen Respekt verschaffte. Zumindest vorübergehend existierte zudem eine Interessengemeinschaft im Hinblick auf die Entnazifizierung der Gesellschaft als der vordringlichsten Aufgabe.
2. In diesem Sinne hatten sich Christen und Pfarrer im NKFD zur Mitarbeit am Neuaufbau der Gesellschaft verpflichtet. Dafür war ihnen die ungehinderte kirchliche Arbeit zugesichert worden.⁷⁰
3. Wiederholt hatten sich Pfarrer für die kampffreie Übergabe von Städten und Gemeinden (Seidel nennt als Beispiel Breslau) an die Rote Armee eingesetzt. Dieses Engagement wurde nun von den Sowjets honoriert.

65 So das in seinem Aufsatz ausführlich begründete Urteil von Vollnhals: Zwischen Kooperation und Konfrontation, S. 484.

66 Zur Entnazifizierung siehe Dähn: Kirchen und Religionsgemeinschaften, S. 824-827.

67 So u. a. Dibelius in einem Brief an Landesbischof Theophil Wurm vom 23. 6. 1945, zit. n. Seidel: „Neubeginn“ in der Kirche, S. 77. Besier: Der SED-Staat und die Kirche, S. 23 f. zitiert einen Brief von Dibelius an Tjulpanow, in welchem der Bischof dem Oberst „lebhaftes und verständnisvolles Interesse“ an den kirchlichen Anliegen bescheinigte.

68 „Siehe dazu u. a. Grüber: Erinnerungen, S. 235-241.

69 Seidel: „Neubeginn“ in der Kirche, S. 78-81.

70 Siehe Kap. I.1.a.

4. Die anfängliche Offenheit gegenüber vielen gesellschaftlichen Gruppen war Bestandteil einer Taktik der Sowjets zur möglichst problemlosen Machtübernahme. Man war bemüht, möglichst angesehene und zugleich nicht kompromittierte Personen zum Aufbau des neuen Staates heranzuziehen, um damit die Reserve der Bevölkerung gegenüber der Besatzungsmacht zu überwinden. Zudem waren unmittelbar nach Kriegsende mögliche Bündnispartner für den gesellschaftlichen Wiederaufbau rar. Daher wurden zunächst kirchliche Persönlichkeiten in öffentliche lokale Ämter (als Bürgermeister etc.) berufen. Allerdings verbot die Besatzungsmacht den Pfarrern, soweit sie nicht in der KPD bzw. SPD waren, politische Betätigung, drängte sie jedoch wiederholt zu Empfehlungen und Aufrufen an die Gemeinden zu politischen Anlässen.

5. Die sowjetische Politik war zumindest bis zum Auszug der sowjetischen Vertreter aus dem alliierten Kontrollrat im März 1948 in die gesamt-alliierte Politik eingebunden und konnte den Rahmen der dort getroffenen Festlegungen nicht verlassen.

6. Die lange Zeit zumindest potentiell auf ganz Deutschland angelegte sowjetische Politik mußte wenigstens nach außen auch für Westdeutschland akzeptabel bleiben bzw. rechnete sogar mit einer Art Modellfunktion der in der SBZ getroffenen Maßnahmen für ein späteres vereinigtes Gesamtdeutschland.

7. Ein Teil der sowjetischen Militärangehörigen war in der Tradition der russisch-orthodoxen Frömmigkeit aufgewachsen und war – unabhängig von der politischen Einstellung – von tiefer Spiritualität geprägt. Seidel illustriert mit einer Reihe von Beispielen diesen mentalitätsgeschichtlichen Faktor.⁷¹

8. Die Sowjets hatten die Russisch-Orthodoxe Kirche in den Kriegsjahren sehr erfolgreich für die innere Stabilisierung ihres Landes zu instrumentalisieren vermocht und setzten dies in der Nachkriegszeit auch im Hinblick auf die außenpolitische Propaganda fort.⁷² Damit war ein politisches Handlungsmuster geschaffen, das auch das Verhältnis zu den Kirchen in Deutschland in gewissem Sinne vorprägen mußte.

Oberster Chef der in Berlin-Karlshorst ansässigen SMAD war von Juni 1945 bis zum April 1946 Marschall G. K. Schukow. Seine Nachfolger waren die Armeegeneräle W. D. Sokolowski (bis März 1949) und W. D. Tschuikow (bis Oktober 1949). Tschuikow behielt nach Umwandlung der SMAD zur SKK deren Leitung sowie den Oberbefehl über die sowjetischen Truppen in Deutschland bis zum 5. Juni 1953. Innerhalb ihres in mehrere „Verwaltungen“ gegliederten Apparats war die Kirchenpolitik der „Verwaltung für Propaganda und Zensur“, die 1947 in „Verwaltung für Information“ umbenannt wurde, zugeordnet. Der Chef dieser Verwaltung, welcher unter anderem auch die Aufsicht über die politischen Parteien und die Massenmedien oblag, war Oberst/Generalmajor S. I. Tjulpanow, ab September 1949 Oberstleutnant Abramow. Tjulpanow war neben dem „politischen Berater“ der SMAD, W. S. Semjonow, eine der einflußreichsten und mächtigsten Personen in der SMAD. Tjulpanow und Semjonow werden in der Osteuropa-Forschung verschiedenen politischen Lagern innerhalb der KPdSU-Führung zugerechnet, die unterschiedliche Konzeptionen einer Politik gegenüber Deutschland verfolgten. Danach sei Tjulpanow als Parteigänger Shdanows eher für eine forcierte Sowjetisierung der SBZ eingetreten, während Semjonow, der eine enge Verbindung zu Malenkow und Berija gehabt haben soll, skeptischer und daher insgesamt defensiver gewesen sein soll. Zumindest stand Semjonow Stalin näher und hatte damit weiterreichende Einflußmöglichkeiten als Tjulpa-

71 Ebenda, S. 81-83.

72 Siehe Kap. I.1.b.

now.⁷³ Viele Widersprüchlichkeiten in der sowjetischen Besatzungspolitik sind möglicherweise auf einen innenpolitischen Machtkampf zwischen diesen Lagern in der sowjetischen Führung und seine Auswirkungen auf die SMAD zurückzuführen. In dieser Frage besteht jedoch noch ein erheblicher Forschungsbedarf, dessen Ergebnisse auch für die Einschätzung der kirchenpolitischen Entwicklung in der SBZ/DDR von großer Bedeutung sein werden.

Innerhalb der „Verwaltung für Propaganda und Zensur“ unterstand das entsprechende Referat „Verbindungen zu den Kirchen“ seit seiner Bildung im Jahre 1945 bis zur Umwandlung der SMAD in die SKK Leutnant W. A. Jermolajew.⁷⁴ Neben den rein kirchenpolitischen Fragen fielen in seine Zuständigkeit auch die Papierzuteilung, Überwachung und Lizenzierung der Kirchenzeitungen sowie die kirchliche Jugendarbeit. Seidel schließt aus einem Gesprächsvermerk, daß es zumindest in Mecklenburg und demnach wahrscheinlich auch in den anderen Ländern der SBZ, für die jeweils eine eigene Militäradministration (SMA) eingesetzt war, ebenfalls Abteilungen für „Kirchenfragen“ oder zumindest einen entsprechenden Verbindungsoffizier gab.⁷⁵ Außerdem muß angenommen werden, daß die Sowjets auch über ihren von der SMAD unabhängigen geheimdienstlichen Apparat⁷⁶ die Kirchenpolitik überwachten und auf sie einwirkten.⁷⁷ Bischof Dibelius berichtet, daß die Besatzungsmacht Pfarrer zu Spitzeldiensten aufgefordert habe.⁷⁸

Auch nach der Umwandlung der SMAD zur SKK am 11. November 1949 blieb die Tätigkeit dieser sowjetischen Kontrollinstanz im wesentlichen die gleiche.⁷⁹ Die Kirchenabteilung, die innerhalb der Verwaltung für Information in der SKK verblieb, wurde von der Umwandlung bis zum Februar 1950 von Oberstleutnant Moltaschanow geleitet. Auch die SKK wirkte durch entsprechende Weisungen und durch Gespräche mit der SED-Führung auf die wichtigsten Entscheidungen in Partei und Staat ein und ließ sich über Vorgänge in der DDR Bericht erstatten. Die wichtigsten Entscheidungen scheinen dabei mündlich überliefert worden zu sein, wobei nicht davon ausgegangen werden kann, daß sich über diese Gespräche immer Aufzeichnungen (wie die handschriftlichen Notizen von Pieck) finden lassen.⁸⁰ Mitteilungen und Direktiven Stalins nahmen aber – abgesehen von seinen

73 Zur Hypothese der verschiedenen „Fraktionen“ in der sowjetischen Führung siehe Bonwetsch: Deutschlandpolitische Alternativen, S. 326-329; Strunk: Die sowjetische Militäradministration, vor allem S. 158 ff., und 171 ff.; ders.: Pressekontrolle und Propagandapolitik, vor allem S. 87 ff. sowie den Diskussionsbeitrag von Stefan Doernberg, in: Scherstjanoi: „Provisorium für längstens ein Jahr“, S. 40. Zur Haltung Tjulpanows in der Deutschlandpolitik und zu den persönlichen Konflikten zwischen Tjulpanow und Semjonow siehe Bonwetsch, Bordjugov: Die Propagandaverwaltung der Sowjetischen Militäradministration.

74 Zur Struktur der SMAD siehe Foitzik: Sowjetische Militäradministration, S. 53 f.

75 Seidel: „Neubeginn“ in der Kirche, S. 69. Siehe dazu auch Strunk: Die sowjetische Militäradministration, S. 171 sowie ders.: Pressekontrolle und Propagandapolitik, S. 79.

76 Siehe dazu Foitzik: Die Sowjetische Militäradministration, S. 46.

77 Seidel: „Neubeginn“ in der Kirche, S. 84 f. bringt Indizien hierfür. Über die Art und Weise dieser geheimdienstlichen Tätigkeit ist jedoch noch weniger als über die Arbeit der SMAD im allgemeinen bekannt.

78 Dibelius: Ein Christ ist immer im Dienst, S. 241.

79 Zu den Aufgaben der SKK siehe auch die Notizen von Pieck von einer Besprechung von ihm, Ulbricht, Grotewohl mit Tschuikow und Iljitschow am 11. 11. 1949, SAPMO-BArch ZPA NL 36/736, Bl. 8. Veröffentlicht in: Hoffmann, Schmidt, Skyba: Die DDR vor dem Mauerbau, S. 51.

80 Siehe dazu den Diskussionsbeitrag von Stefan Doernberg in: Scherstjanoi: „Provisorium für längstens ein Jahr“, S. 147.

wiederholten Gesprächen mit der SED-Parteführung in Moskau – offenbar stets den Weg über die SMAD/SKK. Zumindest findet sich keine Spur von der Nutzung anderer Kanäle (Partei- und Geheimdienststrukturen oder direkter Telefon- und Briefkontakt).⁸¹ Viele von der SMAD erlassene Befehle blieben zudem als „Gesetze“ oder „Verfügungen“ gültig.⁸² Einzelne Befehle wurden ab 1949/50 direkt von entsprechenden Volkskammer-Gesetzen abgelöst.⁸³ Jedoch wurde der Apparat der SKK vor allem in den Ländern erheblich reduziert und erst nach einer entsprechenden Forderung Stalins vom 7. April 1952 wieder aufgestockt.⁸⁴

Am 28. Mai 1953 verfügte der Ministerrat der UdSSR, die SKK mit Wirkung vom folgenden Tag aufzulösen. Darüber hinaus wurde der Oberkommandierende der sowjetischen Truppen von der Ausübung seiner Kontrollfunktionen in der DDR entbunden und seine Vollmacht auf das Kommando über die sowjetischen Truppen in Deutschland beschränkt. Gleichzeitig wurde beschlossen, das Amt eines Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland zu schaffen, das mit W. S. Semjonow besetzt wurde. Dieses Amt wiederum wurde am 20. September 1955, nach Einrichtung eines sowjetischen Botschafters in der DDR am 5. August 1954 und nach Abschluß eines Vertrages zwischen DDR und UdSSR im September 1955, aufgelöst.⁸⁵

Über die Art und Weise und die Intensität der „Anleitung“ der KPD/SED-Führung und der Regierung der SBZ/DDR durch die SMAD/SKK in den vierziger und frühen fünfziger Jahren ist bislang aufgrund der mangelhaften Quellenlage nur wenig bekannt. Lediglich eine Reihe von Befehlen und Kontrollratsgesetzen sind veröffentlicht und untersucht.⁸⁶ Daneben bestand das dirigistische Instrumentarium der SMAD aus Verfügungen, Instruktionen, Richtlinien, Erläuterungen, Bestätigungsvermerke sowie vielfältigen Formen der Konsultationen und Kontrollen auf allen Organisationsebenen. So wurde im April 1946 allen Ebenen der deutschen Verwaltung eine monatliche Berichtspflicht auferlegt. SKK-Offiziere unternahmen auch Inspektionsreisen durch die DDR.⁸⁷ Die streng zentralistische Organisationsstruktur der SMAD bewirkte, daß die deutschen Verwaltungen in der SBZ bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt ebenfalls zu einer strengen Zentralisierung verpflichtet wurden. Damit waren in der SBZ bereits frühzeitig zumindest ansatzweise vollendete Tatsachen geschaffen worden, die einem späteren deutschen Einheitsstaat entgegenstehen mußten. Die neuere Forschung ist sich einig, daß die Einflußnahme der SMAD/SKK auf die Entwick-

81 Siehe dazu Badstübner, Loth: Wilhelm Pieck, S. 20.

82 Über die Umwandlung der SMAD zur SKK und die Regelung der Kompetenzen existieren zwei Mitschriften Piecks von Besprechungen mit Tschuikow und Iljitschow, einem der Stellvertreter Semjonows, am 11. und am 19. 11. 1949. Den Notizen Piecks läßt sich entnehmen, daß die SKK sich zwar „nur in Ausnahmefällen einmischen“ wollte, die zugleich besprochenen konkreteren Regelungen liefen jedoch auf eine wesentlich weitgehendere Einmischung hinaus. Zit. n. Badstübner, Loth: Wilhelm Pieck, Dokumente 84 und 85, S. 315-317.

83 Siehe dazu Otto: Zur Rolle der Sowjetischen Kontrollkommission, S. 143 f.

84 Ebenda, S. 141.

85 Siehe dazu auch Kap. II.4.

86 Dazu und zum folgenden siehe Foitzik: Die Sowjetische Militäradministration, S. 45-47 sowie Foitzik: Befehls- und Kommunikationsstruktur, S. 324-351. Eine Untersuchung der Einflußnahme der SMAD auf lokaler Ebene liefert Braun: Die SED-Kreisleitung Altenburg.

87 Eine Aktennotiz eines CDU-Funktionärs aus den Archivalien des CDU-Landesverbandes Thüringen (ACDP, III-031-164) über eine solche Inspektionsreise durch Thüringen wird wiedergegeben bei Hoffmann, Schmidt, Skyba: Die DDR vor dem Mauerbau, S. 56 f. Darin kommt die Unzufriedenheit der Sowjets mit der mangelhaften Organisation der „Nationalen Front“ in Thüringen zum Ausdruck.